

M 7

Band 1

Menke, Arthur

geb. 5.7.77

Gifhorn

früher: Hambg. Willistr. 3

(K)

Darlehnsakte.

Darlehn gezahlt!

Vergl. Bl. 333-21-Akte 3

„ „ 14 Darlehns „

5000.—

M 7

Leitakte

Bl. 1-64

Verfahrensakte

Unterakte 1 Bl. 201-218

Gold- u. Silbersachen

Unterakte 2 Bl. 401-417

Tappiche

Unterakte 3 Bl. 301-405

Guthaben, Versteigerungsauflös

Unterakte 4 Bl. 401-422

Devisenscheine

Bl. 2

Unterakte 5 Bl. 501-503

Dago-Abgabe

Band 2

Unterakte 6 Bl. 601-603

Rechtsflüchkt., 4 v. A., Verm.-Verfall (M. v. G.)

Unterakte 7 Bl. 701-702 (u. Unterakte 3)

allgemein

Band 2

Unterakte 8 Bl. 801-802

-allgemein

" 2

Unterakte 9 Bl. 901-904

Guthaben u. d. 4332, 44 RM

Unterakte 10 Bl. 1-104

Dafika v. DA-Reich

Band 2

Darlehnsakte

113h
Hansestadt Hamburg

Devisenstelle

Aktenzeichen: F Ausw. 184/274

Hamburg, den Juli 1948

1948

M110
35

Kurzbericht an den Herrn Oberfinanzpräsidenten, Hamburg

über das Vermögen des/der ..Arthur Menke.....
geboren5.7.77..... in Gifhorn
Ehefrau Johanna geborene Freund geboren am ..18.11.81
in Grebenau, Hessen

letzte Wohnung: Hamburg Willstr. 3

Anfrage vom Akt.Z. 05710 ohne Brz.
(Ank. vom 15.11.48)

Zuständiges Finanzamt:

) Grundbesitz: Willistrasse 3 (s.Ziff 6)

) Hypotheken: verkauft vor Auswanderung

Geschäftsvermögen oder Beteiligungen:
Menke & Eisse Hamburg, Fruchthof

Inhaber die Firma

Wertpapiere:

a) Depot bei:

M M Warburg & Co, Hamburg

b) Schmuckdepot bei:

M M Warburg & Co, Hamburg

12
5a.) b.v.S. Konto und Guthaben bei Banken und Sparkassen

M M Warburg & Co, Hamburg

Bräuer Bank, 11/12 1941

5b.) Rentenansprüche:

5c.) Beteiligung an Nachlässen:

6.) Private Forderungen: RM 40 000.-- Restkaufgeld für Grund
Willistrasse 3. Schuldner Otto Lennings, Hamburg 13, Is

Max Widemann Blankensee, RM 25500.--

7.) Versicherungen

8.) Deagoabgabe: RM 9630.--

9.) Erläuterungen: Menke hatte eine Kunstsammlung im Wert
RM 100 000.-- Was aus dieser und dem Umzugsgut geworden
ist nicht ersichtlich. Im Juni 1941 waren die Werte noch
lande

10.) Bemerkungen: Im Wege des Unterwerfungsverfahrens am 8.11.
RM 20 000.-- bestraft, weil Menke versucht hat, nach 1933 an
te Kunstwerke ohne Genehmigung ins Ausland zu bringen.

~~11.) Vertreter und/oder Bevollmächtigter:~~

12.) Sicherungsanordnung am: 11.6.41

Datum der Vermögenserklärung vom 11.6.41

Beschlagnahme des Vermögens am

1941 nach USA ausgewandert.

225 W. 86/ Ave. 607 New York U.S.A.

Im Auftrag

Greif

aufgeld für Gru
s, Hamburg 13, I

ammlung im Wert
ugsgut geworden
die Werte noch
fahrens am 8.11
hat, nach 1933
zu bringen.
- 3 -

BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

DRAHTANSCHRIFT: BRINCKBANK
FERNSCHREIBER: 02 1225
FERNRUF:
ORTSGESPRÄCHE 32 10 05
FERNGESPRÄCHE 32 64 21/22
LANDESZENTRALBANK DER HANSESTADT
HAMBURG KONTO NR. 2/49

(24a) HAMBURG 1, 28. Oktober 1948.
FERDINANDSTRASSE 75
POSTSCHLIESSFACH 744

39

- 2 -

An den Herrn Oberfinanzpräsidenten, Hamburg.

Der Erlös von

RM 225.- für Goldsachen

RM 702.- für Silbersachen

RM 234.- für silber-vergoldete Gegenstände

wurde dem Konto gutgebracht.

Ausserdem haben wir festgestellt, dass durch unsere Firma am 30.12.1940 auf Veranlassung des Herrn Menke an das Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus, Hamburg, eine Zahlung von
RM 20.105.- ✓

betr. Strafsache L29/40 R 16 geleistet worden ist.

Für einen Grundstücksverkauf sind bei uns am 19.7.1940 von Otto Lennings RM 40.000.- eingegangen.

Auf Grund uns zugegangener Einziehungsverfügungen des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 28.1.1943 und 3.4.1943 Zeichen: O 5210-M 22 St I/c mussten wir am 8.4.1943 das vorhandene Restguthaben von.....RM 4.332.44 ✓

an die Oberfinanzkasse Hamburg überweisen und die im Wertpapierdepot befindlichen Wertpapiere

10.-/- 4 1/2% Hamburgische Staatsanleihe von 1923 ✓
an die Reichsbank, Berlin, Wertpapierabteilung, einsenden.

Für Suchgebühren bitten wir Sie, uns

DM 20.-

zu überweisen.

Hochachtungsvoll

BRINCKMANN, WIRTZ & CO.

Irrtum vorbehalten!

ppp *W. Wirtz* 3.11.48

Augustinus 30/10
H

1251

M e n c k e .

Artur Israel

Ab Lager Julius Schumacher & Co.

Versteigerer: Gerichtsvollzieherei

49

Hamburg, den 28. April 1950.

U 26/2325/39

51
7
10

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten, Amt. P 55d

hier.

Betr.: Wiedergutmachung Arthur und Johanna Menke,
früher Hamburg, Willistrasse 3.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 24.4.50 - Az 05210 - M 7 - P 55d.

Über Arthur und Johanna Menke ist bereits am 2.7.48 ein Kurzbericht erstattet worden. Auf diesen wird Bezug genommen insbesondere über die Personalverhältnisse.

Der Kurzbericht wird nachstehend wie folgt ergänzt:

Arthur Menke war Inhaber der Firma Menke & Busse, Hamburg, Chilehaus gewesen. Diese Firma wurde im Wege der Arisierung von den Herren Willy Lange und Fritz Kemmler für RM 40.000.-- übernommen. Näheres ist hierüber aus den Akten nicht festzustellen.

Am 4.4.39 wurde von der Zollfahndungsstelle Hamburg und am 14.4.39 von der Devisenstelle Hamburg über das Vermögen des Ehemannes Menke eine Sicherungsanordnung erlassen. Die Zollfahndungsstelle hatte zu dieser Zeit das Vermögen bzw. die Verpflichtungen des Menke wie folgt ermittelt:

<u>Grundvermögen:</u>	Haus Willistr.3, E.Wert	RM 42.300.--
<u>Belastung:</u>		" 10.000.--
<u>Bankkonten:</u>	Dresdner Bank Hbg.Dep.Kasse	
	Fruchthof	" 136.000.--
	Davon für Reichsfluchtsteuer sichergestellt	" 116.000.--
	Girokonto b.Dresdner Bank Abt. Fruchthof	14.000.--
	Spa kasse Gifhorn	" 6.500.--

Eine Testamentsvollstreckergebühr gegen Olga Schütt, Leipzig,
Höhe unbekannt.

<u>Hypotheken:</u>	Im Grundbch.Schnelsen, Bl.1166	RM 2.500.--
	Schuldner: Andreas Kessal, Schnel- sen	
	Im Grundbch.Braunschweig-Rühme Bl.103,	" 2.000.--
	Schuldner H.Marke, Rühme	
	Im Grundbch.v.Braunschweig Bl.589	2.000.--
	Schuldner Heinrich Läger und Ehe- frau	

Eine Kunstsammlung im Werte von RM 62.500.-- später bewertet mit RM 98.797.--
In dieser Feststellung ist weiter angegeben, daß die Reichsfluchtsteuer RM 116.000.-- und die Vermögensabgabe RM 71.000.-- betragen haben. Die erstere Summe wurde an das Finanzamt St.A. Org geschuldet. Die letztere war an die Gewerbebehörde Hamburg gemeldet worden.

Am 8.9.1939 hat Arthur Menke selbst eine Vermögenserklärung eingereicht, in der er folgendes angab:

Bank- und Postscheckguthaben	RM 8.255.--
Wertpapiere Kurswert	155.965.--
Hypotheken	6.500.--
Grundbesitz	42.300.--
Sonstige Vermögenswerte	96.500.--
Schulden, einschl. noch nicht gezahlter Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe	85.000.--

Auf Grund der Sicherungsanordnung durfte Menke zunächst monatlich über RM 1.000.--, dann über RM 2.000.-- für persönliche Zwecke verfügen. Später wurde der Betrag auf RM 750.-- herabgesetzt.

Über die einzelnen Posten wird folgendes ausgeführt:

Das Grundvermögen Haus Willistrasse 3 wurde am 24.3.39 für RM 55.000.-- an Frl. Ruth Adelheid Kreglinger, Hamburg, Liststrasse 123, verkauft. Die Belastung von zusammen RM 10.000.-- wurde von der Käuferin übernommen. Der Kaufpreisrest sollte in Höhe von RM 5.000.-- bei Einreichung des Auflassungsprotokolles an das Grundbuch, RM 40.000.-- bei Räumung des Grundstückes durch den Verkäufer bezahlt werden. Die Barzahlungen sollten auf das Girokonto des Arthur Menke bei der Fa. M.M. Warburg & Co. KG., Hamburg, erfolgen, was anscheinend geschehen ist. In dem Grundatück war noch eine Eigentümergrundschuld über RM 4.996.26 eingetragen, die zur Löschung gebracht wurde, und die anscheinend auf den Kaufpreis ohne Einfluß blieb, da ihre Löschung im not. Auflassungsprotokoll ohne Zahlungsverpflichtung vorgesehen worden war.

Über die Veränderungen auf den Bankkonten kann von nichts Sicheres bekundet werden, da nicht bekannt ist, welche Beträge, über die ohne Genehmigung verfügt werden durfte, abgezogen wurden. Menke hat neben seinen Entnahmen zum persönlichen Verbrauch laufend Unterstützungen an Verwandte und Bekannte sowie und neben seinen persönlichen Entnahmen Beträge zur Begleichung persönlicher kleinerer Verpflichtungen von seinen Konten ver-

braucht, über deren
Beträgen ist die
die teilweise bei
Es liegen bei Wa
tot. Wegen Unre
sicherungsdaten
wurde gegen Menke
von RM 20.000.--
schl. Kosten RM 2
Hamburg & Co. rea
mit ricas Hambu
Des Bank
in Januar 1940
Hamburg übertra
welche

(Priorität) Billa
hier nicht beka
1. Juli 1941 ha
RM 10.000.-- fu
Dieses Geld sol
Bank Hamburg u
Haben Hugo Men
sein.

Die Hypo
Frau Margarete
gekauft worden
bei der Fa. M. M.
Die Kauf
die Firma Sch
In Juli 1940
Carl Neumann
ration seines
angeschafft w
Unterverfange
bemerkte, an
nahme sonsti
bei der Dres
Hamburg & Co
feststellbar

braucht, über deren Höhe nur die Banken Auskunft geben können. Dergleichen ist die Verwendung der Wertpapiere nicht bekannt, die teilweise bei der Dresdner Bank und bei M.M. Warburg & Co. KG. lagen. Bei Warburg wurde später auch ein Bankkonto errichtet.

Wegen Unregelmäßigkeiten bei der Deklaration der Anschaffungsdaten einzelner Stücke in der wertvollen Kunstsammlung wurde gegen Menke im Unterwerfungsverfahren gegen-Menke eine Strafe von RM 20.000.-- festgesetzt. Zur Bezahlung dieser Summe (einschl. Kosten RM 20.105.--) wurden Wertpapiere bei der Firma M.M. Warburg & Co. realisiert. Strafe und Kosten sind an das Hauptzollamt ricus Hamburg im Dezember 1940 abgeführt worden.

Das Bankkonto in Gifhorn (Sparbuch mit RM 7.440.02) ist im Januar 1940 auf das Konto des Menke bei der Dresdner Bank in Hamburg übertragen worden.

Welche Einnahmen für Testamentsvollstreckergebühren (Forderung Olga Schmitt, Leipzig) für Menke angefallen sind, ist hier nicht bekannt. Nach einem Schreiben des Arthur Menke vom 10. Juli 1941 hatte er aus einem "Nachlaß Dagobert Menkes Erben" RM 10.000.-- für seinen Bruder als dessen Treuhänder in Besitz. Dieses Geld sollte von ihm auf das Nachlaßkonto bei der Dresdner Bank Hamburg überwiesen werden. Dieses Konto soll später auf den Namen Hugo Menke Hamburg, Ostmarkstrasse 2, umgeschrieben worden sein.

Die Hypothekenforderungen sind für RM 6.370.-- von einer Frau Margarete Sofia Niemeyer geb. Wüst, Hamburg, Husumerstr. 37, gekauft worden. Der Kaufpreis wurde im Juli 1941 für Arthur Menke bei der Fa. M.M. Warburg & Co. gezahlt.

Die Kunstsammlung des Arthur Menke war ursprünglich durch die Firma Schoopman, Hamburg, auf RM 62.500.-- geschätzt worden. Im Juli 1940 errechnete der amtliche Schätzer für Kunstsachen Carl Heumann den Gesamtwert mit rund RM 100.000.--. Bei der Deklaration seines Ausfuhrsgutes hatte Menke Stücke, die erst nach 1933 angeschafft waren, als Altbesitz angegeben. Dafür wurde er im Unterwerfungsverfahren mit RM 20.000.-- bestraft, die, wie oben bemerkt, an das Zollamt ricus bezahlt worden sind. Wegen der Mitnahme sonstigen Uszugsgutes waren RM 282.-- am 8.8.40 vom Konto bei der Dresdner Bank und am 18.4.41 RM 9.630.-- vom Konto bei M.M. Warburg & Co. KG. an die Dego bezahlt worden. Es ist hier nicht feststellbar, ob bei diesen Beträgen die Sammlung bereits berück-

nichtigt war. Das Umzugsgut ist seinerseits durch die Firma Julius Schumacher, Hamburg, behandelt worden. Die Kunstgegenstände mußten unter Zollaufsicht bei dem Spediteur verpackt werden. Zur Versendung ins Ausland, war aber eine besondere Genehmigung der Devisenstelle vorbehalten worden. Der allg. meine Rat und die persönlichen Sachen (Kleider, Masche etc.) sind nach einer Meldung der Fa. Julius Schumacher vom 26. Juli 1941 nach USA expediert worden. Eine Genehmigung zum Versand der Kunstsachen ist nicht erteilt worden. Weiter sollen noch 6 Kisten mit Kunstgegenständen aus kriegswichtigen Metallen in der Villastrasse 3 gelagert haben, über deren Verbleib hier nichts zu ermitteln ist.

Am 20.8.1941 wurde die Sicherungsanordnung aufgehoben, da Arthur Menke inzwischen ausgewandert war. Nach einer Notiz bei den Akten vom 8. Januar 1942 ist nach der Auswanderung das gesamte im Inlande zurückgebliebene Vermögen des Arthur Menke einschl. der Kunstsachen staatspolizeilich sichergestellt worden. Es ist hier nicht bekannt, welche Dienststelle die Verwertung durchgeführt hat. Möglicherweise war das Finanzamt Berlin-Mitte damit befaßt; es wird angeregt, dort Rückfrage zu halten.

Das sonstige Umzugsgut soll über Schweden expediert worden sein. Am 5. Juli 1941 wurde der Firma M.M. Warburg & Co. KG. noch eine Genehmigung erteilt, RM 65.000.- für Menke zum Zwecke der Beschaffung von USA-Dollar für die Reise an die Dege zu überweisen, was anscheinend zur Durchführung gekommen ist.

Am 11. Juni 1941 hat Arthur Menke nochmals ein Verzeichnis seines damals vorhandenen Vermögens eingereicht. Er führt darin folgende Werte an:

- RM 300.- Kasse im Hause
- 450.- Guthaben bei M.M. Warburg & Co.
- 107.415.- Wertpapiere bei M.M. Warburg & Co.
- 6.500.- Hypotheken, (die aber verkauft sind)
- 40.000.- Festkaufgeld für Grundstück Villastr., das bei der Auswanderung fällig sein sollte

Von der Aufstellung der Wertpapiere wird anbei eine Abschrift übersandt. In dieser letzten Vermögensaufstellung fehlt die Sammlung.

Gold- und Silbersachen sind bei der Firma M.M. Warburg & Co. hinterlegt worden. Ein brauchbares Verzeichnis der Stücke ist nicht bei den Akten. Die Sachen sollen nach der Taxe des Jahres

J. Hilken RM 834.- we-
visen eingelöst werden
Vorhaben aber nicht
bei der Ankaufsstelle
nichts näheres zu er-
de noch nicht zur Ver-
sein.

In den Vermögen
ein Posten, dessen Be-
geklärt werden kann.
letzter Stelle unter
In einer Zwischenerk-
wurde, weil sie nur
führt Menke eine For-
RM 25.500.-- auf und
er ausser den weiteren

Beteiligungen
Sonstige Vermögen

Der letzte
cherweise auf die Kun-
nichts festzustellen
gegen Weidmann, Blank
denen Erklärung vom

Im Zusammen-
hang sind von der De-
Vermögen des Ehepaars
worden und zwar:

Auf dem Ausw-
In Wertpapier
In dieser Mel-
RM 26.000.-- ebenfalls

Sollten diese
werden, so dürfte es
den Nachweis zu verla-
lichen Schuldner heute

Bevollmächtig-
Dr. Wilhelm P-
Fritz M. Schar-
Die vorstehen-
Arten befindlichen Ko-
Da, wie wiederholt

53
12

J. Hilken RM 834.-- wert gewesen sein, und sollten durch freie Devisen eingelöst werden. Wegen des Kriegsausbruches soll dieses Vorhaben aber nicht durchgeführt worden sein, so daß die Sachen bei der Ankaufsstelle abgeliefert sein dürften. Hierüber ist nichts näheres zu ermitteln. Im Oktober 1940 sollen die Gegenstände noch nicht zur Verwertung an die Ablieferungsstelle gegeben gewesen sein.

In den Vermögenserklärungen des Arthur Menke befindet sich ein Posten, dessen Entstehung und Verbleib aus den Akten nicht geklärt werden kann. In der Erklärung vom 8.9.1939 erscheinen an letzter Stelle unter "sonstige Vermögenswerte" RM 96.500.--. In einer Zwischenerklärung vom 24.4.40, die hier nicht erwähnt wurde, weil sie nur in diesem Posten von der früheren abweicht, führt Menke eine Forderung gegen Max Weidmann, Blankenese, über RM 25.500.-- auf und in einer weiteren Erklärung vom 2.12.40 gibt er ausser den weiter oben gehandelten Posten an:

Beteiligungen RM 26.000.--

Sonstige Vermögenswerte 62.500.--

Der letzte Posten von RM 62.500.-- bezieht sich möglicherweise auf die Kunstsammlung, dagegen ist über die RM 26.000.-- nichts festzustellen. Evtl. ist der Betrag mit der Forderung gegen Weidmann, Blankenese, identisch. In der letzten hier vorhandenen Erklärung vom 11.6.41 fehlt dieser Posten wieder.

Im Zusammenhange mit der Ausbürgerung und Vermögenseinziehung sind von der Devisenstelle das im Inlande noch vorhandene Vermögen des Ehepaares Menke an die damalige Gestapo gemeldet worden und zwar:

Auf dem Auswandererkonto bei M.M. Warburg & Co. RM 16.977.--

In Wertpapieren & 10.-/- Hamburger Staatsanleihe

In dieser Meldung ist der Posten von RM 25.500.-- bzw. RM 26.000.-- ebenfalls nicht erwähnt.

Sollten diese Beträge im Rückerstattungsverfahren reklamiert werden, so dürfte es sich empfehlen, von den Berechtigten zunächst den Nachweis zu verlangen, daß die Forderung gegen den ursprünglichen Schuldner heute nicht mehr besteht.

Bevollmächtigte des Menke waren:

Dr. Wilhelm Ploss, Hamburg, Papenhuderstr. 16 und

Fritz M. Scharlach i/Pa. Scharlach & Co., Hamburg, Königstr. 15.

Die vorstehenden Ausführungen sind auf Grund der bei den Akten befindlichen Korrespondenzen und Genehmigungen gemacht worden. Da, wie wiederholt bemerkt wurde, Devisengenehmigungen keinen Nach-

weis bilden, daß das genehmigte Geschäft ausgeführt worden ist, ist es erforderlich, Bankinstitute zur Ergänzung heranzuziehen.

Es befindet sich bei den Akten eine sehr lange Liste über die Kunstsammlung. Sollte diese Liste dort noch nicht vorhanden sein, so wird um deren Nachträgliche Anforderung gebeten.

Im Auftrag

Bentlage

(Bentlage)

M.M. Warburg & Co.
Kommanditgesellschaft.

A u f s t e
über das Depot: Artu
Sperr
mit Wertberechnung zu

Wertpapiere

Summe

1.000 Anleihe Ausl. Scheine 1.
einschl. 1/5 Ablösungsco
6.250 Hambg. Staatsanl. Ausl. Schu
1/5 Ablösungs-Anl. B. A-F
5.000 4 1/2% steuerfr. Deutsche R
v. 1931
600 4% Umschuldungsverband D
Schuldverschr.
10/- 4 1/2% Hambg. Staatsanl. v. 8

Perner:

2.000.-Braunsch. Hypoth. Brief
2.000.-Dtsch. Hypotheken Brief G
2.500.-Preussischer Hypothekenb
Harrdepot wegen Reichsfluchtsteuer
4.000.-6% Dtsch. Sparkassen-u. Gi
Juni 1947 zert. Stücke
9.000.-6% Hambg. Staatsanl. per 1
11.000.-6% Wasserwirtschaft i.
gebiet (Ruhrkohlenbesir
1.1.1953 zert. Stücke

I. v.

HANSESTADT HAMBURG

Behörde für Wirtschaft und Verkehr

Allgemeine Abteilung

- A 12 -

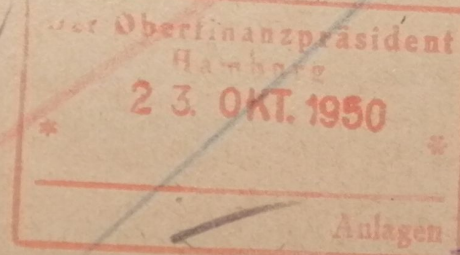
HAMBURG 36, den 21. Oktober 1950

GR. BLEICHEN 23/27

Fernruf: Sd.-Nr. 34 10 17 u. 34 11 41, App. 472

Kr./R.

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten
H a m b u r g 11
Rödingsmarkt 83



Betr.: Rückerstattungssache Arthur M e n k e - hier: Verwertung einer Sammlung von Kunstgegenständen.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 9.8.1950 - O 5210 - M 7 - P 55 d -.

In obiger Sache sind bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr keine Vorgänge vorhanden. Soweit hier bekannt ist, ist diese Angelegenheit seinerzeit durch den Wehrwirtschaftsstab X bearbeitet worden. Die Vertreter von Frau Johanna Menke, die Rechtsanwälte Dres. Krauel, Burchard-Motz, Deuchler, Hamburg 36, Poststrasse 2, sind gebeten worden, Unterlagen über die Beschlagnahme der Kunstgegenstände herzureichen. Trotz Mahnung sind die Rechtsanwälte dem Ersuchen jedoch nicht nachgekommen.

Buchungszeichen:

Bei allen Zahlungen unbedingt anzugeben!

Zahlungen an die Amtskasse der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Gr. Bleichen 23, Zimmer 18a. Kassenstunden montags bis freitags 9-13 Uhr, sonnabends 9-12 Uhr. Überweisungen unter „Behörde für Wirtschaft und Verkehr“: Hamburgische Landesbank Girozentrale, Konto-Nr. 335. Landeszentralbank, Konto-Nr. 2/1631. Hamburger Sparcasse von 1827, Konto-Nr. 80/3300. Neue Sparcasse von 1864, Konto-Nr. 1/499. Postscheckkonto: Hamburg Nr. 6911.

SCHACHT & WESTERICH

Im Auftrage:

(Kreuschmer)

Regierungsobersinspektor

2104 angemeldet worden, Jedoch handelt es sich bei diesen Ansprüchen nach Auffassung des Amtes für Wiedergutmachung

Dr. H. Burchard-Motz
Dr. Werner Deuchler
Dr. Otto Krauel
RECHTSANWÄLTE

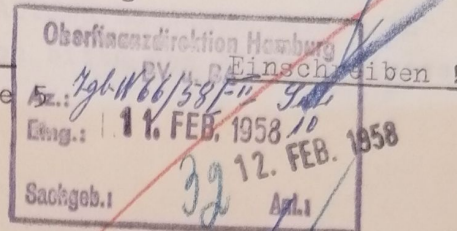
Bankkonto:
Commerz- und Disconto-Bank A. G.
Dres. Burchard-Motz, Deuchler, Krauel
Postcheckkonto: Hamburg 670 80
Telegramm-Adresse: Legaliter

Sch./Ts.

Hamburg 36, den 28. Januar 1958
Poststraße 2
(Ecke Neuer Wall)
Fernsprecher: 34 86 41 - 43

An die
Oberfinanzdirektion
Hamburg
Büro Wiedergutmachung

H a m b u r g
Hartungstrasse



Betr.: Anmeldung von Rückerstattungsansprüchen für Frau
Johanna Menke, New York, Aktenzeichen: o 1488
- M 7 - BV 33/336

Im Namen der Berechtigten,

Frau Johanna Menke,

305 Westend Ave Apt. 9 F
Hotel Esplanade
New York, City U.S.A.

melde ich hiermit folgende Rückerstattungsansprüche gemäss
§ 29 Abs.2 BRÜG an.

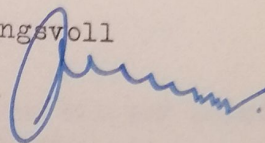
- 1.) Verlust eines Pkw's Marke Cadillac
ca. Wert RM. 25.000.--,
- 2.) Verlust einer Briefmarkensammlung
Ca. Wert RM. 10.000.--,
- 3.) Beteiligung des verstorbenen Ehemannes der Frau Menke,
Herr Arthur Menke, an der Konservenfabrik Gifhorn,
- 4.) Verlust von Teppichen, Silber, Schmuck und Miniaturen.

Die obenstehenden Ansprüche sind bereits beim Amt für Wiedergutmachung unter dem Aktenzeichen: WG 1811/817- E 2104 angemeldet worden, Jedoch handelt es sich bei diesen Ansprüchen nach Auffassung des Amtes für Wiedergutmachung voraussichtlich um Ansprüche, die nach dem Bundesrückerstattungsgesetz zu befriedigen sind. Zur Wahrung der Frist erfolgt daher nunmehr die Anmeldung dieser Ansprüche bei der Oberfinanzdirektion Hamburg.

Angaben über den genauen Wert der entzogenen Gegenstände sowie Einzelheiten über die Art des Entzuges werden in Kürze nachgereicht werden. Ich bitte, den Eingang dieses Antrages zu bestätigen.

BV 336

Hochachtungsvoll



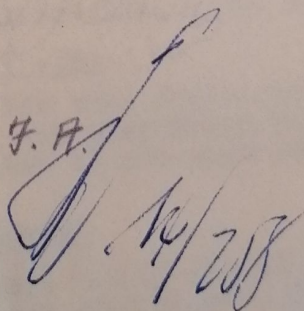
1.) Beimut:

Herr Hr. Beimut wurde heute von mir telef. verständigt, daß die vorstehenden Beimutdingen beim Verwaltungsrat für unsere Requisitionen in Stadthagen zu erfolgen haben. Damit ist dieses Schreiben erledigt.

Hfg.

Mg 13/2.58

2.) L. d. A.

H. A.

14/2.58

OFD Hamburg

Hamburg, den 12. Juni 1958

38-42

109 a, L 189, M 7, P 2,
3, R 453 - BV 413 -

Herrn
Paul Reiter
Hamburg 66
ABC-Strasse 50

Betr.: Zessions- und Regressansprüche gegen das Deutsche Reich
Bezug: Ihre Schreiben vom 3.4. und 31.3.1958
Anl.: 8 Blät

Nach Überprüfung Ihres Antrags werden die zur Einsicht
überlassenen Unterlagen hiermit zurückgegeben.

Im einzelnen ergibt sich folgendes:

1) Verfahren Alexander - 1 WiK 116/52 - I/Z 1355 -1-

Bei beiden Anlagen über dieses Verfahren lassen
sich nicht erkennen, ob Ihnen Ansprüche abgetreten worden sind.
Offenichtlich stützen Sie Ihren Antrag auf Artikel 39
Abs. 1 Gesetz Nr. 59 (REG). Insoweit verweise ich auf die
Schlussausführungen meines Schreibens.

2) Verfahren Levin - IV/Z 1747 -2-

Im Vergleich vom 17.4.1951 sind Ihnen Ansprüche gegen
das Deutsche Reich in Höhe von 400.-- RM zwar abgetreten
worden. Sie können aber nicht zum Zuge kommen, weil
der Mindestbetrag von 1.000.-- RM/DM nicht erreicht ist.
Derartige Ansprüche sind gesetzlich nicht rückerstattungsfähig.

3) Verfahren Menke - V/Z 1547 -34-

Die hierzu eingereichten zwei Unterlagen lassen
ebenfalls keine Abtretung von Ansprüchen erkennen.
Auf meine Ausführungen unter 1) als auch unter 2) nehme
ich Bezug. *Ma: 2/8.*

4) Verfahren Share - 2 WiK 468/51

Das vorgelegte Protokoll vom 27.8.1951 ist lediglich
ein Vergleichsvorschlag, dessen Annahme seitens der
Berechtigten nicht ersichtlich ist. Unterstellt man dies
aber, so fehlt es an einer Übertragung von Ansprüchen
an Sie. Somit dürften auch hier die o.a. Ausführungen
unter 1) und 2) zutreffen.

5) Verfahren Pinner - 5 WiS 557/13 - 2 WiK 215/51

Dieser Anspruch liegt unter der 1.000.-- RM/DM Grenze.
Es gilt entsprechend das unter Ziff. 2) Gesagte.

71

Zusammenfassend wird darauf hingewiesen, dass die Ansprüche gegen das Deutsche Reich, für die keine Abtretung erfolgte und gegebenenfalls die Mindestwertgrenze überschreiten, auf Art. 39 Abs. 2 GG gestützt werden könnten. Damit fallen die jedoch unter dem im Allgemeinen Kriegesolgensgesetz (AKG) enthaltenen Bestatungen (§ 1 a.a.O.). Diese besagen, dass Ansprüche gegen das Deutsche Reich, wozu auch Ihre Ansprüche rechnen, erlosch sind. Daran ändert auch nichts der Vorbehalt in § 3 Abs. 1 i. V. m. AKG, der sich gerade auf die künftige Regelung derjenigen Schäden erstreckt, die den bisherigen Anspruchsberechtigten durch das Erlöschen ihrer Regressansprüche erwachsen sind.

Ich möchte jedoch insoweit noch auf den Härteausgleich der §§ 68 ff. GG hinweisen, der durch die Durchführungsbestimmungen im Vierten Teil des AKG und zur Verordnung zur Härteregelung nach dem Vierten Teil des AKG (AKG-DB) vom 21.1.1958 (Ministerialblatt 162 des Bundesministers der Finanzen vom 21.1.19) ergänzt worden ist.

Falls die Voraussetzungen für einen Härteausgleich vorliegen, stelle ich Ihnen einen entsprechenden Antrag an das für Ihren ständigen Wohnsitz zuständige Ausgleichsamt anheim. Die Antragstellung ist bis zum 1.12.1959 befristet.

Im Auftrag

gez. Friemert
Oberregierungsrat

Justizangestellter.

-2-
Abschrift:

- 57
204
- B) Die unter d) meiner Aufstellung aufgeführten Gold- und Silber-
sachen laut Schätzung der Verwaltung der Hansestadt Hamburg
aus dem Jahre 1940 im Werte von RM. 1.161.-- umfassen folgende
Gegenstände:

S i l b e r s a c h e n :

- 2 Pokale mit Deckeln
1 grosser " "
6 kleine Becher
2 Seideln mit Deckeln
7 Streu, -
1 kleine Dose
2 kleine Kuppen
13 Leuchter
2 Dosen, - 1 mit Deckel
1 Figur
1 Messerscheide
1 Torafinger
1 Handtaschenbügel
1 Toilettespiegel
1 Korb ohne Glas
19 Becher
3 Streudosen
12 Dosen
1 Kanne
1 Pokal
4 Körbe
4 Korbgestelle
18 Dosen
2 Torafinger
2 Zuckerschalen
2 Ascher
2 kleine Becher
1 Streudose
1 kleine Vase
1 Räucherdose
8 Figuren
1 Wandbehälter
1 Wachskerzenleuchter
1 Torarolle
1 Pokal
1 Gürtelschloss
2 Suppen, -
17 Dessert, -
4 Kompottlöffel
24 grosse, -
18 kleine Forken
18 Kuchengabeln
18 Dessertgabeln
39 Teelöffel
1 Mark, -
1 Zierlöffel
12 Fischmesser
12 Fischgabeln
1 gr. Fischbesteck
18 Obstmesser

RM. 702.--

RM. 225.--
RM. 927.--

-2-

54
205

- 6 Hammerzieher
- 3 Zuckerzangen
- 3 Tablettts
- 9 Untersätze
- 2 Brotkörbe
- 1 Kanne
- 1 Becher
- 1 Leuchter
- 2 Körbe
- 1 Toraschild
- 1 Milchtopf
- 3 Schalen
- 4 Wandteller
- 2 Gestelle
- 73 Dosen
- 2 Saucen
- 4 Dessert,-
- 2 Zierlöffel
- 1 Nähdose
- 1 Korb
- 1 Löffel
- 1 Gabel
- 1 Halskette
- 1 Schild
- 20 Teile Gürtelschlösser
- 1 Nadeldose
- 17 Zierstücke
- 1 Kompass
- 1 Bilderrahmen
- 6 Broschen
- 2 Dosen
- 1 Petschaft
- 1 Medaillon
- 1 Plakette
- 73 Teile Bruch
- 137 Münzen
- 4 Bücher mit Silberbeschlag
- 18 grosse Messer
- 18 kleine Messer
- 1 Brotmesser
- 3 Messer
- 2 Gabeln
- 1 Löffel mit gefüllten, silbernen Heften
- 6 silb. Obstmesser
- 6 " Obstgabeln, mit Perlmutterheften
- 1 silb. Spindelkapseluhr.

RM. 234.--

RM. 1161.--

RM. 702.--

G o l d s a c h e n :

- 1 Ring mit 3 Brillanten
- 1 " mit Bild
- 1 " m. blauem Stein
- 1 " m. " "
- 1 " m. Stein und Emaill.
- 1 Paar Ohrringe m. 1 Rose - 1 fehlt -
- 1 Medaillon
- 1 lange Uhrkette
- 1 Uhrkette
- 1 Rand mit 1/2 Perlen - mehrere fehlen -
- 16 gold. Münzen
- 5 tls. goldene Bänder
- 1 - 18 k Damen Halb.Sav.Tyl. Uhr 3124

RM. 225.--

RM. 927.--

Übertrag:

RM. 927.--

13 silber-vergoldete Gegenstände, 235 g br.

1 gefülltes Armband

1 Paar Manschettenknöpfe

1 Ring

1 Flakonhängsel

1 Brosche

1 Sektquirl

1 Stück Bruch

1 Münzenanhängsel

1 Trauringlei fertige Reinschrift mit

1 Trauring 3,9 g höherk.

1 Münze 13,8 hochk.

1 Nähdose mit Gol

1 Flakon mit Gold

1 Spindeluhr 14 k.

18 k.

2 Herren Anker Uhr m. Ziffern 901318

1 Damen Spindeluhr 18 k.

1 gefülltes Petschaft 8 k.

1 teils gold. Anhängsel 8 k.

RM. 234.--

RM. 1161.--

Schn.

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

O 5210 - M 7 - P 55 d

Abschrift !

Hamburg 11, 24. April 1950
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Hamburg 36

Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude 21.742

Betrifft: Rückerstattungssache Johanna H e n k e .
Ihre Zuschrift an die Finanzbehörde der Hansestadt
Hamburg v. 14.III.50 Az. 3 196 - 2 -.

Die Berechtigte fordert die Rückerstattung von entzogenen Gold- und Silbersachen. Der Oberfinanzpräsident Hamburg ist in der Sache unbeteiligt. Die Ablieferungspflicht für Gold-, Platin- und Silbersachen usw. durch die Juden gründet sich auf § 14 d.V.O. über den Einsatz des jüdischen Vermögens v. 3.12.38 (RGBl. I S. 1709) in Verb. mit den §§ 3-5 der VO. zur Durchführung der VO. über den Einsatz des jüdischen Vermögens (RGBl. I S. 37). Die Sachen mußten in Hamburg den öffentlichen Pfandleihanstalten in ihrer Eigenschaft als öffentliche Ankaufsstellen zum Ankauf angeboten werden. Die angekauften Gegenstände wurden an die Zentrale in Berlin abgeführt oder sind an die „Degussa“ in Hamburg zur Verarbeitung weitergeleitet worden. Die Ankaufsbeträge wurden den Einlieferern zumiest durch Überweisung auf deren Sperrkonten ausgezahlt. In der vorliegenden Sache Henke sind nach einer Auskunft des Bankhauses Brinckmann, Wirts & Co die Erlöse

für Goldsachen mit 225.- RM

" Silbersachen " 702.- "

" silber-vergoldete Sachen mit

234.- " dem bei ihr befindlichen Bankkonto der Geschädigten gutgebracht worden.

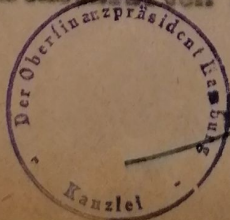
Die Beträge sind keine "feststellbaren" Vermögensgegenstände, die der Rückerstattung gemäß Gesetz Nr. 59 MilReg. unterliegen. (Hinweis auf das Schreiben der Finanzbehörde Hamburg in gleicher Sache v. 18.3.50 - 305/20 -).

Ich bitte den Rückerstattungsantrag abzuweisen.

Sollte dem Antrag gleichwohl entsprochen werden, so hätte dies vorbehaltlich einer Genehmigung nach dem Gesetz Nr. 53 der MilReg. (Neufassung) zu geschehen, die über die Landeszentralbank Hamburg und die Bank Deutscher Länder bei der Alliierten Bankkommission zu beantragen ist.

(Hinweis: Rundschreiben Nr. 16/50 vom 29.3.1950 der Landeszentralbank Hamburg).

2 Durchschriften sind beigelegt.



Beglaubigt

Zollinspektor

Im Auftrag
ges. Dr. Holdeigel

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz FTp.
Dr. W. Deuhler
Rechtsanwälte
Hamburg 36
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Paraspr. Wannebecker 24 25 26

15. Mai 1951



Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg,
Hamburg.

Betr.: Rückerstattungssache Frau Johanna Menke,
V/Z 196 -2-

Unter Bezugnahme auf die Aufforderung des Wiedergutmachungsamtes vom 16. März ds.Js. trägt die Antragstellerin folgendes vor:

1.) Bei den streitigen Gold- und Silbersachen handelt es sich vornehmlich um antikes Nürnberger- und Augsburger Silber, insbesondere bei den Pokalen und Bechern, das zum grossen Teil keine Silberstempel trägt. Die Riechdosen haben zum Teil Fischform, zum Teil handelt es sich um Deckeldöschen. Des weiteren stellen die zahlreichen Gegenstände eine geschlossene Judeica-Sammlung, mit Ganz- und Halbedelsteinen besetzt, russisch-polnischen Ursprungs, dar. Die Antragstellerin ist zwar selbst in der Lage, die ihr gehörigen und etwa noch im Besitz der Antragsgegnerin bzw. des Museums für Hamburgische Geschichte befindlichen Silbersachen persönlich wieder zu erkennen, ist aber im übrigen nicht in der Lage, sämtliche Silbersachen im einzelnen zu beschreiben. Es dürfte jedoch möglich sein, die besonders wertvollen Stücke des Nürnberger- und Augsburger Silbers sowie die oben bezeichneten Riechdosen von den vorhandenen Silbersachen zu identifizieren. Insbesondere waren auch alle Körbe und Leuchter antik.

Lediglich das Tafelsilber war moderner Herkunft und mit dem üblichen Silberstempel "800" sowie mit den Buchstaben "A.M." gekennzeichnet.

2.) In rechtlicher Beziehung wird auf die Schriftsätze der Oberfinanzdirektion vom 18. März und 24. April ds.Js. erwidert:

Die Oberfinanzdirektion Hamburg ist für den geltend gemachten Rückerstattungsanspruch passiv legitimiert.

ersatz gemäß den §§ 1, 25, 26 BGB. verlangt.

211

a) Wenn man auch davon ausgehen muss, dass die von der Antragsgegnerin erwähnten öffentlichen Ankaufsstellen vom Reich, d.h. auf Initiative des Reiches, errichtet worden sind, so folgt daraus keineswegs, dass die Stadtgemeinde Hamburg, in der die hier in Frage stehenden Verkaufsstellen errichtet waren, als Rückerstattungspflichtige ausscheidet. Dies ergibt sich insbesondere auch aus dem eigenen Vortrag der Antragsgegnerin. Sie gibt nämlich zu, dass Einzelstücke, die in den öffentlichen Verkaufsstellen Hamburgs -in Betracht kommt hier nach Massgabe der vorhandenen Unterlagen die Verkaufsstelle Bäckereibreitergang 73- vereinnahmt waren, an das Museum für Hamburgische Geschichte weitergeleitet worden sind. Andere Wertsachen sind an die Degussa übergeben worden. Unmittelbar an das Reich, also kraft Auftrags des Reiches, wurden lediglich Wertgegenstände von mehr als RM 1.000.-- Einzelwert gemäss § 3 Abs. 2 DVO. zum Gesetz über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 16. Januar 1949 abgeliefert. Nur im Rahmen der Ablieferung solcher Wertgegenstände könnte allenfalls von einem Tätigwerden der Antragsgegnerin kraft Auftrages des Reiches gesprochen werden. Solche Gegenstände werden hier jedoch nicht der erstattet verlangt.

b) Im übrigen zeigt sowohl die Fassung des § 3 Abs. 1 der genannten DVO. als auch die von der Antragsgegnerin zugestandene Verwendungsart der abgelieferten Wertsachen, dass die Stadt Hamburg tatsächlich eine weitgehende Verfügungsbefugnis über die abgelieferten jüdischen Wertsachen unter voller Kenntnis des Entziehungstatbestandes ausgeübt hat.

3.) Danach ist folgende Ersatzpflicht der Antragsgegnerin aufzustellen:

a) Soweit sich die in der Anlage bezeichneten Gegenstände noch im Gewahrsam der Antragsgegnerin befinden und anhand der Anlage sowie der unter Ziffer 1) gegebenen Bezeichnung identifiziert werden können, sind sie an die Antragstellerin herauszugeben.

b) Soweit eine Herausgabe unmöglich ist, wird Schadensersatz gemäss den §§ 1, 25, 26 REG. verlangt.

212

Dieser Anspruch ist begründet, weil die Vermögensgegenstände zur Zeit der Entziehung feststellbar waren, wie die noch vorhandenen Unterlagen eindeutig beweisen. Nach anerkannter Rechtssprechung kommt es bei dem Schadensersatzanspruch lediglich auf die Feststellbarkeit der Vermögenswerte zur Zeit der Entziehung an.

Hinzu kommt, dass gemäss § 25 Abs. I, § 26 Abs. II REG. jeder ehemalige Besitzer der entzogenen Gegenstände ersatzpflichtig ist. Unter Hinweis auf den § 3 der genannten DVO. dürfte die Besitzstellung der Antragsgegnerin unstreitig sein. Im übrigen sind auch die vorhandenen Unterlagen über die Ablieferung der hier streitigen Wertsachen namens der "Verwaltung für wirtschaftliche Aufnahme und für Verkehrsangelegenheiten" erstellt und die Annahmebescheinigung mit dem Siegel der öffentlichen Leihanstalt Bäckereibreitgang (Amtskasse) Hamburg versehen worden.

c) Die Höhe des Ersatzanspruches bestimmt sich nach einhelliger Rechtssprechung nach dem Wert der bezeichneten Gegenstände zur Zeit der Entziehung. Dieser Wert ergibt sich aus der Anlage und ist im Verhältnis 1:1 umzustellen. Darüber, dass das amtliche Taxat der Ankaufstellen nicht massgebend sein kann, dürfte kein Zweifel bestehen. Es wird darauf hingewiesen, dass allein ein Posten silberner Kunstgegenstände mit einem Gesamtgewicht von 51.190 gr. lediglich mit RM 702.-- angesetzt war, obwohl allein der Altsilberwert bei richtiger Schätzung erheblich höher gewesen wäre.

Der Anspruch ermässigt sich ziffernmässig um den Wert der etwa von der Antragsgegnerin in natura herausgegebenen Silbersachen.

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt

gez. Deuchler

Für die Antragstellerin:

Der Rechtsanwalt:

gez. Deuchler

Anlage V/Z 196 -2- Gold- und Silbersachen
laut Gutachten des Juweliers J. Hilcken
vom 15. April und 12. Mai 1939.

1.)	2	Pokale mit Deckeln	RM	43.--
2.)	1	grosser Pokal	"	25.--
3.)	6	kleine Becher	"	30.--
4.)	2	Seidel mit Deckeln	"	108.--
5.)	10	Streudosen $\gamma + 3$	"	71.--
6.)	1	kleine Dose	"	5.--
7.)	3	Kummen $2 + 1$	"	10.--
8.)	13	Leuchter	"	83.--
9.)	2	Dosen, eine mit Deckel	"	8.--
10.)	1	Figur	"	3.--
11.)	1	Messerscheneide	"	5.--
12.)	3	Torafinger $1 + 2$	"	100.--
13.)	1	Handtaschenbügel	"	4.--
14.)	1	Toilettenspiegel	"	6.--
15.)	19	Becher	"	65.--
16.)	12	Dosen je RM 20.--	"	240.--
17.)	1	Pokal	"	23.--
18.)	4	Körbe, Toraschild	"	52.--
18a)	4	Korbgestelle	"	100.--
19.)	18	Dosen	"	50.--
20.)	2	Zuckerschalen, 3 Schalen	"	12.--
21.)	2	Ascher	"	5.--
22.)	2	kleine Becher	"	2.--
23.)	1	Streudose	"	1.--
24.)	1	kleine Vase	"	1.--
25.)	1	Räucherdose	"	4.--
26.)	8	Figuren	"	20.--
27.)	1	Wandbehälter	"	5.--
28.)	1	Wachskerzenleuchter	"	2.--
29.)	1	Torarolle, Filigram-Silber	"	20.--
30.)	1	Gürtelschloss	"	1.--
31.)	1	Becher, 1 Pokal	"	50.--
32.)	1	Suppen-, 1 Bowlenlöffel	"	23.--
33.)	17	Esslöffel	"	48.--
34.)	17	Dessertlöffel	"	28.--
35.)	4	Kompottlöffel	"	4.--
36.)	24	grosse Gabeln	"	69.--
37.)	18	kleine Gabeln	"	36.--
38.)	18	Kuchengabeln	"	23.--
39.)	18	Dessertgabeln	"	36.--
40.)	39	Teelöffel	"	26.--
41.)	1	Marklöffel	"	1.--
42.)	1	Zierlöffel	"	1.--
43.)	12	Fischmesser, 12 Fischgabeln	"	55.--
44.)	1	grosses Fischbesteck	"	11.--
45.)	18	Obstmesser	"	21.--
46.)	6	Hummerzieher, modern	"	6.--
47.)	3	Zuckerzangen, antik	"	1.--
48.)	3	Tabletta	"	125.--
49.)	9	Untersätze	"	65.--

RM 1.733.--

Übertrag:

			RM	1.733.--
50.)	2	Brotkörbe, 1 Kanne	"	15.--
51.)	1	Leuchter	"	10.--
52.)	2	Körbe	"	20.--
53.)	1	Toraschild, russisch mit Smaragden und Saphiren	"	100.--
54.)	1	Milchtopf	"	5.--
55.)	4	Wandteller	"	20.--
56.)	2	Gestelle	"	4.--
57.)	73	Dosen	"	285.--
58.)	2	Saucenlöffel	"	6.--
59.)	4	Dessertlöffel	"	7.--
60.)	2	Zierlöffel	"	3.--
61.)	1	Nähdose	"	1.--
62.)	1	Korb	"	3.--
63.)	1	Löffel	"	2.--
64.)	1	Gabel	"	2.--
65.)	1	Halskette	"	60.--
66.)	1	Schild, Toraschild	"	100.--
67.)	20	Teile Gürtelschlösser	"	20.--
68.)	1	Nadeldose	"	1.--
69.)	17	Zierstücke	"	170.--
70.)	1	Kompass	"	5.--
71.)	1	Bilderrahmen	"	9.--
72.)	6	Broschen	"	20.--
73.)	2	Dosen	"	5.--
74.)	1	Petschaft	"	1.--
75.)	1	Medaillon	"	6.--
76.)	1	Plakette	"	4.--
77.)	73	Teile Bruch	"	30.--
78.)	137	Münzen	"	55.--
79.)	4	Büchen mit Silberbeschlag	"	45.--
80.)	18	grosse Messer	"	23.--
81.)	18	kleine Messer	"	21.--
82.)	1	Brotmesser	"	2.--
83.)	3	Messer	"	3.--
84.)	2	Gebln	"	2.--
85.)	1	Löffel mit gefüllten silbernen Heften	"	3.--
86.)	6	Obstmesser und 6 Obstgabeln mit Perlmutterheften	"	15.--
87.)	1	Spindelkapseluhr	"	20.--

RM 2.836.--

=====

Gewicht des Silbers insgesamt 51.190 Gramm

214

824
3.660

Wiederherstellung
beim Landgericht Hamburg
Hamburg 30

215

Goldsachen:

188.)	1 Ring mit Brillanten	RM	50.---
89.)	1 Ring mit Bild	"	32.---
90.)	1 Ring mit blauem Stein	"	5.---
91.)	1 Ring mit Stein und Email.	"	4.---
92.)	1 Ring, gewöhnlich,	"	5.---
93.)	1 Ring mit blauem Stein	"	8.---
94.)	1 Paar Ohrringe mit einer Rose, eine mit einer Perle	"	10.---
95.)	1 lange Uhrkette	"	10.---
96.)	1 Band mit halben Perlen, mehrere fehlen	"	20.---
97.)	16 goldene Münzen	"	20.---
98.)	5 teilweises goldene Bänder	"	250.---
99.)	1 18 k. Damen halb. Sav. Tyl. Uhr	"	10.---
100.)	30 silber-vergoldete Gegenstände, 235 gr. brutto	"	15.---
101.)	1 gefülltes Armband	"	28.---
102.)	1 Paar Manschettenknöpfe	"	20.---
103.)	1 Flakon-Anhängsel	"	8.---
104.)	1 Brosche	"	20.---
105.)	1 Sektquir	"	10.---
106.)	1 Stück Bruch	"	8.---
107.)	1 Münzenanhängsel	"	8.---
108.)	1 Trauring	"	5.---
109.)	1 Trauring, 3,9 gr. höher k.	"	10.---
110.)	1 Münze, 13,8 gr. hoch-k.	"	12.---
111.)	1 Nähnase mit Gold	"	60.---
112.)	1 Flakon mit Gold	"	6.---
113.)	1 Spindeluhr, 14 k	"	20.---
114.)	1 Spindeluhr, 18 k	"	30.---
115.)	1 Herren-Anker-Uhr 901318	"	40.---
116.)	1 Damenspindeluhr	"	45.---
	1 gefülltes Petschaft 8 k.	"	40.---
	1 teils golden. Anhängsel, 8 k.	"	10.---
		"	5.---
		RM	824.---

Der Antragsteller:
Herr Hans A. L. L.

Es wurde zur Befriedigung der Rückentstehungsbefugnisse in dieser
Sache der Beschluss vom 15. November 1951 verkündet.

Der Richter vertritt auf Nachmittage gegen diesen Beschluss:
Herr Dr. Hering, Dr. Hering, Dr. Hering, Dr. Hering

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: V/Z 196 - 2 -

Hamburg 36, den 15. November 1951
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) III. Stock Zimmer 833
Fernsprecher: 35 17 31

B e s c h l u s s .

In der Rückerstattungssache

der Frau Johanna M e n k e ,
225. W 86th Street, Apt. 607, New York-City/USA

Antragstellerin

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Max Krauel, H. Burchard-Motz,
Werner Deuchler,
Hamburg 36, Poststrasse 2

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Finanzbehörde der Hansestadt Hamburg,
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83

Aktenzeichen: O 5210 - M 7 - P 55 d

Antraggegner

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg durch
den Regierungsrat Dr. M ö r i n g :

Es wird festgestellt, dass das Deutsche Reich verpflichtet ist,
der Antragstellerin den Verlust von

a. RM 2.836.--

b. RM 824.--

zu ersetzen.

Zeitpunkt des Verlustes: 12. Mai 1939

G r ü n d e :

Silbersachen im Werte von RM 2.836.-- und Goldsachen im Werte von
RM 824.-- wurden dem Erblasser der Antragstellerin, die dessen
alleinige Erbin ist, auf Grund der inzwischen aufgehobenen Rasse-
gesetzgebung entzogen, indem der Erblasser der Antragstellerin
diese Sachen an den Antraggegner abliefern musste.

Der Beschluss entspricht den Anträgen der Antragstellerin, denen
der Antraggegner nicht widersprochen hat.

Demgemäss war zu erkennen wie geschehen.

Dieser Beschluss ist rechtskräftig.

gez. Möring, Dr.
Regierungsrat



Für richtige Ausfertigung:

Kreuz

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Dieser Beschluss
ist rechtskräftig.

Hamburg, den 23. Nov. 1954

Die Geschäftsstelle



Jän

Auftraggeber.

~~59~~

D)

In der Dampf-, Teppich- und Reinigungsanstalt
Hamburg, Heidberg, verblieben:

402

- | | | | |
|---|----------------------------|---|---------|
| 1 | grosser länglicher Herad | | |
| 1 | Hindora-Decke | | |
| 1 | Tabris-Teppich 3x4 mtr. | 8 | 1800.-- |
| 1 | " | " | 200.-- |
| 1 | Decke | " | 600.-- |
| 1 | " | " | 350.-- |
| 1 | " | " | 80.-- |
| 1 | " | " | 75.-- |
| 1 | " | " | 80.-- |
| 1 | Treppenläufer | " | 20.-- |
| 1 | Grosser Buckara | | 100.-- |
| 1 | türkischer Tabris 3x4 mtr. | | 600.-- |
| 1 | Treppenläufer | | 200.-- |
| 1 | " | | 85.-- |
| | | | 85.-- |

Schn.

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

O 5210 - M 7 - P 55 d

wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Anstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

Hamburg 11, 24. April 1950
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

Abschrift !

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Hamburg 36,
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude Zi. 742

Betrifft: Rückerstattungsache Johanna Henke.
Ihre Zuschrift an die Finanzbehörde der Hansestadt
Hamburg v. 14.3.50 Az. Z 196 - 4 -.

Die Teppiche wurden nach den hiesigen Unterlagen von dem
Ehemann der Berechtigten Arthur Henke an die "Deleka" zur
Reinigung und Lagerung abgegeben. Letztere hat die Teppiche
s.Zt. durch ein Versehen eines Angestellten an einen Unbekann-
ten ausgeliefert. Nachforschungen nach dem Verbleib sind er-
folglos geblieben. In einem bis an das Reichsgericht vorgetra-
genen Rechtsstreit zwischen dem Oberfinanzpräsidenten Hamburg
als Vertreter des Reiches für das nach der 11.VG. zum RG v. 25.11.41 (RGBl. I S. 722) verfallene Vermögen der Geschädigten
wurden dem Oberfinanzpräsidenten eine Entschädigung in Höhe
von 11.023,97 RM zugesprochen. Der Betrag ist bei der Oberfi-
nanzkasse Hamburg am 1.12.44 vereinnahmt und mit anderen Reiche-
einnahmen an die Reichshauptkasse in Berlin abgeführt. Es han-
delt sich demnach um einen nicht "feststellbaren" Vermögensge-
genstand, der nach Gesetz Nr. 59 MilReg. zurückzuerstatten ist.

Ich bitte den Rückerstattungsantrag abzuweisen.

Sollte dem Antrag gleichwohl entsprechen werden, so hätte
dies vorbehaltlich einer Genehmigung nach dem Gesetz Nr. 53
der MilReg (Neufassung) zu geschehen, die über die Landeszen-
tralbank Hamburg und die Bank Deutscher Länder bei der Alliierten
Bankkommission zu beantragen ist.

(Hinweis: Rundschreiben Nr. 16/50 vom 29.3.1950 der Landes-
zentralbank Hamburg).

2 Durchschriften liegen an.

Im Auftrag
gez. Dr. Hildeigel



Beglaubigt

Zollinspektor

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

V/Z 196-4-

Anzeichen:

Bitte bei allen Eingaben angeben!

(24a)

Hamburg 36, den 9. Juli 1951

Siebekingplatz 1 (Anbau) Zimmer 837a
Fernsprecher: 351731

Dieser Beschluss
ist rechtskräftig.

23. Nov. 1954

Hamburg, den

Die Geschäftsstelle beschluss

In der Rückerstattungsache

Justizsekretär

Frau Johanna Menke,

Antragstellerin

Bevollmächtigte: RAE. Dres. Max Krauel, H. Burchard Matz,
Werner Deuchler, Hamburg 36, Poststr. 2,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt Hamburg,
Finanzbehörde, diese vertreten durch die Oberfinanz-
direktion Hamburg,
Aktenzeichen: O 5210 - M 7 - P 55 d ,

Antragsgegner,

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg durch
den Regierungsrat Dr. Möring:

Es wird festgestellt, dass das Deutsche Reich ver-
pflichtet ist, der Antragstellerin den Verlust von
RM 11.023,97 zu ersetzen.
Zeitpunkt des Verlustes: 1.12.1944.

Gründe:

Ein Schadensersatzanspruch der Antragstellerin gegen die Firma
"Deteka" Dampf-, Teppiche- und Reinigungsanstalt verfiel auf Grund
der inzwischen aufgehobenen Rassegesetzgebung dem Deutschen Reich.
Diese erhielt den erwähnten Betrag zum erwähnten Zeitpunkt.

Demgemäss war zu erkennen wie geschehen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann jeder Beteiligte binnen 1 Monat - bei
Wohnsitz im Ausland binnen 3 Monaten - die Entscheidung der Wieder-
gutmachungskammer durch Einspruch beim Wiedergutmachungsamt anrufen.
Die Frist beginnt mit der Zustellung der anzufechtenden Entscheidung.

gez. Möring, Dr.
Regierungsrat

Für richtige Ausfertigung:

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



M7

Akten

betreffend:

Menke
Arthur

Unterakte 3

Aktenzeichen:

1/2 1547-3-

2. Wix 315/52

Nummervverzeichnis

Versteigerungen

Versteigerungen

Abschrift

Hamburg 36, den 17. Juni 1951
Sievekingplatz, Ziviljustiz-
gebäude (Anbau) II. Stock Zi. 740
Fernsprecher: 35 17 31

10-M7-P550

allen Anträgen der Behörde Eingaben
ist das Aktenzeichen anzugeben

Bing: 21. JUN. 1950

Ant:

wird Ihnen als

zugestellt.

bereits nachgewiesen - muss noch nachge-

der Frau Johanna Menke, geb. 18.11.1881
New-York früher Hamburg, Willistrasse
der Arthur Menke

alte Dres. Krauel, Burchard-Motz, Deuchler
5, Poststrasse 2

gen Entziehung des - der folgenden Vermö-
liche Rückerstattungsverfahren eröffnet.

ngserlös etc. lt. Anlage

34 86 41

bekanntgegeben,

anspruchten Vermögenswert besitzen und
en, so dass Sie als Rückerstattungspflich-
t. 11 REG in Frage kommen,

anspruchten Vermögenswert früher inne-
halb gemäss Art. 25 REG möglicherweise ver-
als Ersatz für den - die Vermögenswert
herauszugeben oder eine Forderung darauf

Angesuchene der beantragten Art in-
n werden könnten,
Satz 3 REG

ung widersprechen oder ihr nur unter be-
zustimmen wollen, müssen Sie das binnen
dieses Schreibens erklären. Eine solche
r Ausfertigung einzureichen. Auch wenn Sie
rt haben, so ist die neuerliche Abgabe
behrlich.

zeichneten 2-Monatsfrist keine solche Er-
, kann das Wiedergutmachungsamt die tat-
es Antragstellers als richtig ansehen und
icherweise die beantragte Rückerstattung
s - anordnen.



Beglaubigt:

Justizangestellter

wenden

= = =

Abschrift!

Anlage

zur Vermögensanmeldung gemäss Allgemein-Verfügung Nr. 10.

Frau Johanna Menke, New York.

II. Bewegliches Vermögen:

1) Aufstellung der in Verlust geratenen Gegenstände:

- a) Sammlung wertvoller Kunstgegenstände; diese Sammlung ist 1940 von einem Sachverständigen des Reichspropagandaministeriums aufgeschätzt worden. *enthält insbesondere die Gemälde (v.a. die Propaganda Plakate) für die Herleitung eines An...* RM. 93.766.--
- b) weitere Kollektion von Kunstgegenständen, ebenfalls 1940 durch einen Sachverständigen des Reichspropagandaministeriums aufgeschätzt. *(M. 94)* RM. 5.031.--
- c) Überweisung an Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus Hamburg in einer Strafsache am 30.12.1940 ✓ RM. 20.105.--
- d) Überweisung an Deutsche Golddiskontbank, Berlin, als ersatzlose Abgabe für Mitnahme von Umzugsgut am 18.4.1941 ✓ RM. 9.630.--
- e) Inzahlungsgabe von Wertpapieren an Preussische Staatsbank-Seehandlung-Reichsfinanzministerium, Berlin, für Reichsfluchtsteuer laut Veranlagung des Finanzamts Hamburg-Nord am 12.6.1941 ✓ RM. 63.756.--
- f) Barüberweisung an Finanzamt Hamburg-Nord für Reichsfluchtsteuer laut Veranlagung des Finanzamts Hamburg-Nord am ✓ RM. 899.--
- 4- g) Zahlung an Jüdischen Religionsverband für Auswandererabgabe am 21.7.1941 ✓ RM. 2.915.--
- 4- h) Zahlung an Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Abt. Wanderung, Berlin, Hilfsverein Hamburg am 21.7.1941 ✓ RM. 9.037.60
- 4- i) Überweisung an Deutsche Golddiskontbank, Berlin, als Gegenwert für Erwerb von 865,18 und skr. 500.-- am 22.7.1941 *Barzahlung* ✓ RM. 60.900.--
- 4- k) Überweisung des vorhandenen Restguthaben an Oberfinanzpräsidenten Hamburg gemäss Einziehungsverfügung vom 28.1.43 und 3.4.1943 am 8.4.1943 ✓ RM. 4.332.44
- 4- l) Übersendung der restlichen im Wertpapierdepot befindlichen Wertpapiere 4 1/2% Hamburgische Staatsanleihe von 1923 am 8.4.1943 ✓ L 10.--

- 2) Angaben über die Umstände des Verlustes, die Höhe der Gegenleistung und der jetzigen Eigentümer.

a) bis 1):

Sämtliche aufgeführten Vermögenswerte sind unter Zwang in den Besitz des Staates übergegangen. Die Kunstgegenstände wurden durch die Verwaltung der Hansestadt Hamburg, Abteilung für wirtschaftliche Unternehmen und Verkehrsangelegenheiten öffentlich versteigert und der Erlös der Staatskasse zugeführt. Bei den Barzahlungen, welche durch Vermittlung der Privatbank Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg, früher M.M. Warburg & Co., Hamburg, vorgenommen wurden, ist in der Aufstellung zu 1) jeweils erwähnt, an welche staatliche oder öffentlichrechtliche Stelle die Zahlungen geleistet wurden. Zu der Schätzung der Sammlung wertvoller Kunstgegenstände (zu 1) a) ist zu bemerken, dass diese Schätzung viel zu niedrig erfolgte: der wahre Wert dieser Kunstgegenstände hat ein mehrfaches der geschätzten Summe von RM. 93.766.-- betragen.

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg

0 5210 - M 7 - P 55 a

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und
Ort dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

Abtschrift

(2a)

Hamburg 11,

Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

9. August 1950

85

An das

Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg

Hamburg 36
Sievekingplatz

Betrifft: Rückerstattungsache: Frau Johanna M e n k e, geb. 18.11.21
Besug: Dortiges Schreiben vom 17.6.50 Aktz. Z 1547 -3-.
Anlagen: 2

Zu den auf der Rückseite und in der Anlage zum Rücker-
stattungsantrag verzeichneten Forderungen wird erklärt:

a/b. Kunstsammlung

Der Oberfinanzpräsident Hamburg ist mit der Verwertung
der Kunstsammlung nicht befaßt gewesen. Ich bitte daher um Zurück-
weisung des Anspruchs. Wegen der angeblich im Auftrage der "Verwaltung
der Hansestadt Hamburg, Abteilung für wirtschaftliche Unternehmen
und Verkehrsangelegenheiten" erfolgten öffentlichen Versteigerung der
Kunstsachen schweben noch Ermittlungen bei der hiesigen Behörde für
Wirtschaft und Verkehr. Bei der Oberfinanzkasse Hamburg ist am
13.1.43 ein Betrag von 172.969,90 RM als dem Reich verfallen ver-
einnahmt worden. (vergl. hierzu nachstehend 1 k Ziff. 3).
Die Herkunft des Geldes konnte bisher nicht festgestellt werden,
da das betreffende Kassenbuch der Oberfinanzkasse nicht mehr vor-
liegt. Es wäre möglich, daß es sich um den Auktionserlös aus den
Kunstsachen handelt, zumal der Berechtigte in der Erläuterung zu
den Ziffern 1 a -1 der Anlage zum Antrag (Ziff. 2 der Anlage) die
Kunstsachen zu einem Mehrfachen der amtlichen Taxe bewertet.

Aus einem hier vorliegenden Bericht der Devisenstelle Hamburg
entnehme ich, daß der Berechtigte bei der Anmeldung zur Ausfuhr
Sachen als "Altbesitz" angemeldet hatte, die erst nach 1933 ange-
schafft waren. Er ist infolge der unrichtigen Anmeldung wegen Ver-
gehens gegen das Devisengesetz im Unterwerfungsverfahren zu einer
Geldstrafe in Höhe von 20.000,-RM rechtskräftig verurteilt worden.
Das Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus kann den Eingang des Betrages
nicht bestätigen, da alle Kassenbücher (Titelbücher über Strafen,
Kosten usw.) aus dem Jahre 1940 vernichtet worden sind.
Aus einer Auskunft des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co. geht aber
hervor, daß dieses am 30.12.40 auf Veranlassung des Herrn Arthur Menke
zur Strafsache L 29/40 R16 20.105,-RM an die Zollkasse Ericus ab-
geliefert hat. Es kann angenommen werden, daß die überschüssenden
105,-RM aufgelaufene Verzugszinsen oder Kosten darstellen.

Die Geldstrafe ist nicht im Zuge des Vermögensverfalls
eingezogen worden und kann daher nicht unter Berufung auf das REG
zurückgefordert werden. Eine Rückerstattung wird abgelehnt.

Eine

Eine Rückerstattung mußte auch deshalb außer Betracht bleiben, weil die entrichtete Summe bereits bei ihrem Eingang mit anderen Reichseinnahmen vermischt an die Reichshauptkasse Berlin abgeführt und dort haushaltsmäßig verbraucht worden ist. Es handelt sich demnach um keinen "feststellbaren" Vermögensgegenstand, der auf Grund des Ges.Nr.59 zurückerstattet wäre.

Zu 1 d.

Zahlung an die Deutsche Golddiskontbank (Mitnahme von neu beschafftem Umsatzgut, sogenannte Degoabgabe). Die Zahlung in Höhe von 9.630,-RM wird vom Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. bestätigt. Die Degoabgabe wurde vom Oberfinanzpräsidenten Hamburg erhoben. Ich vermag deshalb einer Rückerstattung nicht zu entsprechen.

Zu e / f.

Reichsfluchtsteuer

Das zuständige Finanzamt Hamburg-Nord hat bestätigt, daß die mit Bescheid vom 9.6.41 auf 64.655,-RM festgesetzte Steuer in voller Höhe am 12. u. 13.6.1941 entrichtet worden ist. Nach einer hier vorliegenden Auskunft des oben genannten Bankhauses ist dieser Betrag a) durch Inzahlungsgabe von Wertpapieren in der Höhe von 63.756,-RM an die Preussische Staatsbank (Sachhandlung) Berlin und b) durch Barüberweisung von 899,-RM an das angegebene Finanzamt geleistet worden. Reichsfluchtsteuer wurde wie andere Steuern bei den Finanzämtern verbucht, vermischt mit anderen Reichseinnahmen an die Reichshauptkasse Berlin abgeführt und dort haushaltsmäßig verbraucht. Hieran ändert nichts, daß wie die Reichsfluchtsteuer zum Teil durch Inzahlungsgabe von Wertpapieren gezahlt worden ist. Die an die Preussische Staatsbank abgeführten Papiere wurden dort veräußert und der erzielte Erlös zu Gunsten des in Frage kommenden Finanzamts unmittelbar an die Reichshauptkasse Berlin überwiesen. Die Verrechnung zwischen Finanzamt und Reichshauptkasse erfolgte nur buchmäßig. Es folgt daraus, daß hinsichtlich der Wertpapiere als solcher, aber auch hinsichtlich des bei der Reichshauptkasse vereinnahmten Erlöses das Wiedergutmachungsamt Hamburg unzuständig ist, weiter, daß der Oberfinanzpräsident Hamburg nicht passiv legitimiert ist, zumindest daß, wie bei unmittelbaren Zahlungen, der Anspruch nach der ständigen Rechtsprechung der Wiedergutmachungsbehörden, insbesondere der Wiedergutmachungskammer Hamburg sich nicht auf einen "feststellbaren" Vermögensgegenstand im Sinne des Ges.Nr.59 des Mil.Reg. bezieht.

Ich bitte daher, die Rückerstattung der Reichsfluchtsteuer zurückzuweisen.

Zu 1 g/h

Zahlungen an den Jüdischen Religionsverband (2915,-RM) und an Reichsvereinigung der Juden (9037,60 RM). Der Oberfinanzpräsident Hamburg hat die zur Förderung der Judenauswanderung bestimmten Abgaben weder veranlaßt noch erhoben. Er kann demnach auch nicht für eine Rückerstattung in Anspruch genommen werden. Das Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. hat die Beträge am 21.7.41 entrichtet.

Zu 1 i.

Kapitaltransfer 60900,-RM

Das Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. hat die Zahlung bestätigt. Bei dieser Maßnahme hat die Deutsche Golddiskontbank in Berlin mitgewirkt. Die durch die hierbei üblichen Abschläge bis zu 96% verursachten Verluste hat der Oberfinanzpräsident Hamburg nicht zu vertreten. Ich bitte, den geltend gemachten Rückerstattungsanspruch zurückzuweisen.

Zu 1 k

Vermögens
(RGBL.
Präsident

1. Rest
2. Über
3. Mutma
lung

13.1.43
mit and
führt u
"festst
zurückz
ten.

1 Wertpap

wurden
stehend
lung, Be

£ 10.-
ten Erl
frage U
in Bad
lichen
weise i
anspruch
soweit
hat.

2. Judenver

Das Fina
in der
insgesa
ist. Na
Dresdne
ge 95.6
Bische

zuweisen
(Reichs

Vermögensverfall.

Auf Grund der 11.VO. zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.41 (RGBl. I S.722) wurden als dem Reich verfallen vom Oberfinanzpräsidenten Hamburg eingezogen:

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. Restguthaben Brinckmann, Wirtz & Co. | 4.332,44 RM |
| 2. Überzahlte Steuer.Einzahler Steuerkasse I. | 416,- " |
| 3. Mutmaßlicher Versteigerungserlös aus Kunstsamm-
lung Menke | (vergl. 172.969,90 zu la/b) |

Die Beträge zu 1,2 u.3 wurden am 27.4. bzw. 5.3.43 bzw. 13.1.43 bei der Oberfinanzkasse Hamburg vereinnahmt, vermischt mit anderen Reichseinnahmen an die Reichshauptkasse Berlin abgeführt und dort haushaltsmäßig verbraucht. Es sind daher keine "feststellbaren" Vermögensgegenstände, die gemäß Ges.Nr.59 Mil.Reg. zurückzuerstatten sind. Um Zurückweisung des Antrags wird gebeten.

1. Wertpapiere.

Ebenfalls auf Grund der 11.VO. zum Reichsbürgergesetz wurden vom Bankhaus Brinckmann, Wirtz & Co. am 8.4.43 die nachstehenden Effekten an die Deutsche Reichsbank, Wertpapierabteilung, Berlin zu meinen Gunsten eingesandt:

1. 10.- 4 1/2% Hamburgische Staatsanleihe von 1923. Über den erzielten Erlös der Effekten liegen hier keine Unterlagen vor. Eine Nachfrage über den Verbleib beim Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf ist noch unbeantwortet. Ich werde bei der mündlichen Verhandlung meine Stellungnahme vortragen. Im übrigen verweise ich hinsichtlich einer Zurückweisung des Rückerstattungsanspruchs auf meine Begründung zur Ziff. e/f (Reichsfluchtsteuer), soweit diese die Inzahlunggabe von Wertpapieren zum Gegenstand hat.

2. Judenvermögensabgabe RM 46.000,- (vergl. Rückseite des Antrags).

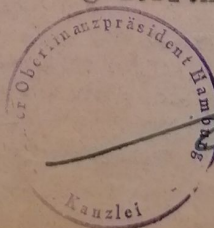
Das Finanzamt Hamburg-Nord hat angezeigt, daß vom Berechtigten in der Zeit vom 23.12.1938 - 9.12.39 einschließlich Verzugszinsen insgesamt 100.567,30 RM Judenvermögensabgabe entrichtet worden ist. Nach einer hier bei den Akten befindlichen Auskunft der Dresdner (jetzt Hamburger Kreditbank) wurden von dem Gesamtbetrag 95.604,25 RM durch Inzahlunggabe von Effekten an die Preussische Staatsbank (Seehandlung) in Berlin geleistet.

Ich bitte, auch diesen Rückerstattungsanspruch zurückzuweisen, und verweise hierzu auf die Begründung zu Ziffer e/f (Reichsfluchtsteuer).

2 Durchschriften sind beigelegt.

Im Auftrag:

gez. Dr. Holdeigel



Beauftragt

Spektor

Abschrift

Oberfinanzdirektion Hamburg

O 5210 - M 7 - V 115 d

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, den Tag und Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben!

Hamburg 11, 24. April 1951
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

An die
Hansestadt Hamburg, Finanzbehörde
z.Hd. Herrn Landesverwaltungsrat Weller
H a m b u r g 36
Gänsemarkt

Betr.: Rückerstattungssache Johanna Menke Az. V/Z 1547-3-

Bezug: Schreiben der Hansestadt Hamburg - Behörde für Wirtschaft und Verkehr - Az. A 12 - vom 21.10.1950.

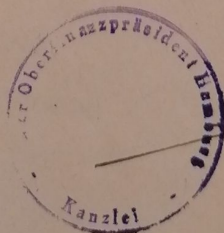
Unter vorstehendem Aktenzeichen ist beim Wiedergutmachungsamt Hamburg ein Rückerstattungsverfahren anhängig, in dem die Antragstellerin die Rückerstattung einer Kunstsammlung im Werte von einem Mehrfachen von 93.766,-- RM beansprucht. Nach den Angaben der Hansestadt Hamburg sind die Gegenstände s.Zt. durch die Verwaltung und Verkehrsangelegenheiten - öffentlich versteigert worden. Bei der Oberfinanzkasse Hamburg ist am 15.2.1943 ein Restbetrag von RM 172.969,90 unbekannter Herkunft eingegangen, wobei es sich möglicherweise um den Erlös aus der Kunstsammlung handelt.

Die Behörde für Wirtschaft und Verkehr hat mir mit Bezugsschreiben mitgeteilt, daß dort keine Unterlagen über den Vorgang vorhanden sind, sondern daß - soweit dort bekannt - die Angelegenheit s.Zt. durch den Wehrwirtschaftsstab X bearbeitet worden sei. Eine telefonische Rücksprache mit dem ehemaligen Leiter der letztgenannten Dienststelle, Herrn Felix Luther (privat: 551767; dienstlich: 344206) hat ergeben, daß dort, soweit ihm bekannt ist, nur Gegenstände für Wehrmachtsbedarf (Barkassen, Baracken u.dergl.) zur Beschlagnahme gelangt seien, nicht aber Kunstgegenstände. Dies erscheint zutreffend.

Angesichts dieser Tatsachen wird gebeten, diese RE-Sache von der Behörde für Wirtschaft und Verkehr vertreten zu lassen. Ein Versteigerungsprotokoll ist hier nicht vorhanden.

Im Auftrag

gez. Dr. Holdeigel



Beglaubigt

Zollinspektor

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz
Dr. W. Deuchler
Rechtsanwälte
Hamburg 36
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Telephon: Sammelnr. 348541

Ftp.

15. Mai 1951

An das

Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg,
Hamburg.

Betr.: Rückerstattungssache Frau Johanna Menke
V/Z/547-3-



Unter Bezugnahme auf die Auflage des Wiedergutmachungsamtes vom 16. März ds. Js. nimmt die Antragstellerin zu dem Schriftsatz der Oberfinanzdirektion vom 9. August 1950 wie folgt Stellung:

1.) Die in dem Antrag erwähnte Wertsammlung wertvollster Kunstgegenstände mit einem Schätzwerte von RM 93.766.-- besteht aus den in der beigefügten Kopie enthaltenen Gegenständen.

Es wird um Rückgabe der Fotokopie nach Gebrauch gebeten.

2.) Die weitere Kollektion von Kunstgegenständen im Schätzwerte von RM 5.031.-- setzt sich aus den nachstehenden Gegenständen zusammen:

1)	1 Miniaturensammlung bestehend aus 45 Miniaturen, darunter signierte Stücke von Hoyer, Hornemann, J. Jsabey, Ed. de la Tour, Aldonrath, Bossi und David. Es sind zu bewerten:	
	8 Miniaturen, signiert, je RM. 200.-- = RM. 1.600.--	
	3 dto. je " 100.-- = " 300.--	926
	3 dto. je " 75.-- = " 225.--	946
	7 dto. je " 60.-- = " 420.--	957
	4 dto. je " 50.-- = " 200.--	
	8 dto. je " 40.-- = " 320.--	
	4 dto. je " 35.-- = " 140.--	
	1 dto. Silberstift je " 25.-- = " 25.--	
	5 dto. je " 25.-- = " 125.--	
	1 dto. je " 20.-- = " 20.--	
	1 dto. Silhouette je " 3.-- = " 3.--	
	zusammen	RM 3.378.--
2)	4 Wedgewood-Reliefs je RM 10.-- = " 40.--	
3)	8 Kammeen, verschiedener Größe je RM 10.-- = " 80.--	
4)	4 Ton- bzw. Steingutkrüge (Deckel abmontiert) je " 20.-- = " 80.--	
5)	7 jap. vergoldete Blechfiguren auf Holzsockel je " 10.-- = " 70.--	
6)	1 Metallpokal mit Deckel, nicht antik je " 10.-- = " 10.--	
7)	1 vergoldetes Becessaire in Form eines Fisches je " 35.-- = " 35.--	
8)	1 Offiziers-Patronentasche je " 15.-- = " 15.--	
9)	1 Zinnkanne in Form einer Biibel (Handwärmflasche) je " 75.-- = " 75.--	
	zusammen	RM 3.723.--

Übertrag

10)	1 Zinn-Relief (Kreuzabnahme)	291, 269	RM 3.723.--
11)	1 Zinnkanne (Weinschenkkanne)		" 75.--
12)	1 Kupferplated Teller, fälsch. datiert 1663		" 25.--
13)	1 Kupfervergold. Relief "Tilly"	271	" 20.--
14)	1 Zinngusskumme		" 80.--
15)	1 Gebetbuch mit Filigrambeschlagn	308	" 5.--
16)	1 Notizbuch mit Schildpatt und Elfenbeinblättern		" 25.--
17)	1 schwarze Stob-wasser-Dose mit Portrait-Medaillon		" 25.--
18)	1 Schildpattdose mit Miniatur		" 45.--
19)	1 Emaille-Dose mit Rötelmalerei		" 50.--
20)	1 Rotlack-Dose mit Metallbeschlagn		" 50.--
21)	1 Mamor-Dose mit Mosaik-Vogelbild		" 35.--
22)	1 Miniatur-Opernglas mit Steinen besetzt		" 75.--
23)	1 Dose Elfenbein mit Schildpatt mit Miniatur		" 35.--
24)	1 Schildpatt-Dose mit Beschlag		" 65.--
25)	2 Kupferversilberte türkische Brustschoner		" 30.--
26)	1 Süddeutsche Mütze mit Filigranarbeit	573	" 50.--
27)	1 Messing-Taufkumme		" 10.--
28)	1 Kanne, Nachguss nach antikem Muster		" 75.--
29)	3 Kneen, je RM 10.--		" 50.--
30)	1 kleine Porzellan-Miniatur		" 30.--
31)	2 Limoges-Bildplatten je RM 200.--		" 3.--
32)	1 kleines Holzschrankchen mit Beschlag (1 Platte fehlt)		" 400.--
			" 50.--
			<u>RM 5.031.--</u>

Der wirkliche Wert dieser Kunstgegenstände beläuft sich auf ein Vielfaches des Schätzungswertes. Es muss daher angenommen werden, dass der von der Antragsgegnerin als mutmasslicher Versteigerungserlös mit RM 172.969,90 als vereinbahrt zugestandene Betrag nur einen Teil der Sammlung betreffen kann. Die Sammlung ist nämlich bereits im Jahre 1932/33 von Herrn Prof. Sauerlandt, des damaligen Direktors des Museums für Hamburgische Geschichte, ohne Berücksichtigung der zahlreichen Miniaturen auf RM 250.000.-- geschätzt. Der dieser Schätzung zu Grunde liegenden Katalog wurde bei einer im Rahmen der Verfolgungsmassnahmen eingeleiteten Haussuchung von der der Antragsgegnerin unterstehenden Steuerbehörde beschlagnahmt. Es wird, sofern die Antragsgegnerin den Katalog nicht vorlegt, gebeten,

die Vorlage des Katalogs anzuordnen.

Die Antragstellerin nimmt ferner Bezug auf das Zeugnis des dama-

ligen Regierungsrates, jetzigen Präsidenten des Finanzgerichts Hamburg, Dr. Sillem, welcher bekunden kann, dass der Ehemann der Antragstellerin auf Grund des beschlagnahmten Katalogs wegen Steuerhinterziehung belangt werden sollte. Nach Angaben des inzwischen verstorbenen Sachverwalters des Ehemannes der Antragstellerin, Herrn Dr. Ploss, soll die gesamte Kunstsammlung einen Versteigerungserlös von 5/600.000.-- RM erbracht haben.

Nach dem vorstehenden Sachverhalt werde ich beantragen,

festzustellen, dass die Antragsgegnerin verpflichtet ist zum Schadensersatz gegenüber der Antragstellerin mindestens DM 300.000.-- zu zahlen.

Zur rechtlichen Begründung dieses Anspruchs bezieht sich die Antragstellerin auf das unter dem gleichen Rubrum anhängige Rückerstattungsverfahren (Az. V/Z 196 -2-).

3.) Die Antragstellerin begehrt ferner Rückerstattung der Geldstrafe in Höhe von RM 20.000.-- wegen eines angeblichen Vergehens gegen das Devisengesetz gemäss Art. 2 Ziff. 4 REG.

Die Antragstellerin bestreitet die Rechtmässigkeit des steuerlichen Strafverfahrens mit dem Hinweis darauf, dass sie keine hinreichende Verteidigungsmöglichkeit besass und dass das Strafverfahren seitens der Steuerbehörde in der Absicht durchgeführt worden ist, den Ehemann der Antragstellerin zu schädigen. Wäre der Ehemann der Antragstellerin nicht Verfolgter des Nationalsozialismus gewesen, so wäre eine geringere Strafe ausgeworfen worden. Es wird um Heranziehung des von der Antragsgegnerin erwähnten Berichtes der Devisenstelle gebeten.

Die Antragstellerin nimmt ferner Bezug auf die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer Kassel (Rechtssprechung zum Wiedergutmachungsgesetz 50 S. 234). In dem dort entschiedenen Fall ist die Behörde sogar verpflichtet worden, eine in ausländischer Währung gezahlte Steuerstrafe zurückzuerstatten. Umso mehr ist der Antragsgegnerin die Rückerstattung der hier in Reichswährung gezahlten Strafe aufzuerlegen. Der vorstehende Anspruch wäre nur dann

325
AKG

nicht begründet, wenn die Antragsgegnerin überzeugend darlegen könnte, dass der Ehemann der Antragstellerin in dem Unterwerfungsverfahren genauso behandelt worden ist, wie jeder andere nicht von den Verfolgungsmassnahmen betroffene Ausländer (vgl. Peters, Rückerstattungsgesetz 1949, S. 72).

Sofern das Wiedergutmachungsamt den hier geltend gemachten Rückerstattungsanspruch als nicht unter die Bestimmungen des Rückerstattungsgesetzes für die britische Zone zutreffend erachten sollte, wird hilfsweise beantrag,

das Verfahren bis zum Inkrafttreten des zu erwartenden Entschädigungsgesetzes auszusetzen.

Ein Vergleich mit dem Rückerstattungsgesetz der amerikanischen Zone zeigt nämlich, dass nach diesem Rückerstattungsgesetz auch der hier geltend gemachte Anspruch zweifellos begründet wäre, während das Rückerstattungsgesetz der britischen Zone diese Folgerung nicht ganz zweifelsfrei zulässt. Demzufolge ist jedoch mit Bestimmtheit zu erwarten, dass das kommende Entschädigungsgesetz für die britische Zone umfassender sein wird, als das bereits vorhandene Entschädigungsgesetz der amerikanischen Zone. Somit wird der hier geltend gemachte Anspruch nach dem zu erwartenden Entschädigungsgesetz für die britische Zone begründet sein. Es erscheint daher zweckmässig, dass hier anhängige Verfahren gegebenenfalls auszusetzen und an die in Zukunft zuständige Kammer zu verweisen (vgl. Arnold, MDR. 1951 S. 202).

4.) Die sogenannte Dego-Abgabe in Höhe von RM 9.630.-- wird gegebenenfalls auch nach Massgabe des kommenden Entschädigungsgesetzes zu behandeln sein.

5.) Der Anspruch auf Rückerstattung der mit RM 64.655.-- unstreitig gezahlten Reichsfluchtsteuer ist begründet, gleichviel ob es sich dabei um eine Barüberweisung oder Inzahlungsgabe von Wertpapieren handelte. Es spielt daher auch keine Rolle, ob die Werte direkt oder auf dem Umwege über mehrere Banken und Kassen erst buchmässig an die Antragsgegnerin gelangten. Feststellbar waren die Vermögenswerte jedenfalls zur Zeit der Entziehung.

Die Oberfinanzdirektion ist auch für diesen Anspruch passiv legitimiert, da sie den zur Rückerstattung berechtigenden

Verwaltungsakt unterlassen und die entzogenen Werte zugestandenerweise erhalten hat.

Hilfsweise wird auch hier beantragt, das Verfahren auszusetzen bis zum Erlass des Entschädigungsgesetzes. (vgl. hierzu Goetze "Die Rückerstattung in Westdeutschland und Berlin" 1950, S. 150).

6.) Hinsichtlich der Zahlungen an den jüdischen Religionsverband gilt das zu Ziffer 5) ausgeführte.

7.) Es ist nicht einzusehen, weshalb die Oberfinanzdirektion den bei dem Kapitaltransfer eingetretenen Verlust in Höhe von 96% = RM 60.900.-- nicht zurückerstatten sollte.

Gegebenenfalls wird auch hier das Verfahren auszusetzen sein.

8.) Die als Vermögensverfall bezeichneten Beträge in Höhe von RM 4.332,44 und RM 416.-- sind ebenfalls zurückzuerstatten bzw. ist das Verfahren bis zum Erlass des Entschädigungsgesetzes auszusetzen (vgl. Jouanne MDR. 51/20). Es handelt sich hierbei unstreitig um Verfolgungsmassnahmen.

9.) Es ist unstreitig, dass Effekten im Werte von 10 Pfd. 4 1/2 %ige Hamburgische Staatsanleihe 1924 entzogen worden sind. Dieser Betrag wird als Schadensersatz verlangt.

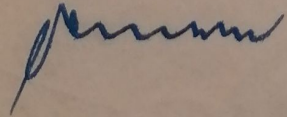
10.) Die Judenvermögensabgabe durch Inzahlunggabe von Effekten im Werte von RM 95.604,25 und Barüberweisung von RM 4.963,05 stellt eine reine Verfolgungsmassnahme betr. feststellbare Vermögensgegenstände dar.

Hilfsweise wird auch hier der Aussetzungsantrag gestellt.

Für die Antragstellerin:
Der Rechtsanwalt:

Für richtige Abschrift
Der Rechtsanwalt

gez. Deuchler



An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Johanna Menke
Bezug: Dort. Schreiben vom 28.5.1951 Akt. Zeich. V/Z 1547-3-
Anl.: 2.

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz
des Berechtigten¹ nehme ich wie folgt Stellung:

15.5.51

Zu 1. - 2.: Kunstgegenstände

Ich bin nicht in der Lage, mich zu dem Wert der Kunstsammlung zu äußern, auch eine Einsichtnahme in die dort befindlichen Fotokopien dürfte mir nähere Kenntnisse hinsichtlich des Wertes nicht vermitteln.

Ich kann mich daher nur mit einem Feststellungsbeschuß hinsichtlich des bei meiner Oberfinanzkasse am 13.1.1943 eingegangenen Betrages von 172.969,90 RM einverstanden erklären. Zeitpunkt der Entziehung: 13.1.1943.

Sollte der Berechtigte hiermit nicht einverstanden sein, wird gebeten, die Sache an die Wiedergutmachungskammer zu verweisen zwecks Ermittlung eines für beide Parteien tragbaren Entschädigungssatzes.

Über den auf Seite 2 des Schriftsatzes erwähnten Katalog konnte hier nichts ermittelt werden.

Zu 3.:

Devisenstrafe.

Derartige Geldstrafen sind nicht im Zuge des Vermögensverfalles eingezogen worden und können daher nicht unter Berufung auf das Rückerstattungsgesetz zurückgefordert werden. Die im Schriftsatz geäußerte Ansicht, daß keine oder eine geringere Strafe verhängt worden wäre, wenn der Betreffende nicht Jude gewesen wäre, ist unzutreffend.

Zu 4.:

Dego-Abgabe

Im Einklang mit der herrschenden Meinung vertritt die Oberfinanzdirektion Hamburg die Auffassung, daß derartige Verluste nicht im Rückerstattungsverfahren nach dem Gesetz Nr. 59 der Mil. Reg. beansprucht werden können. Der Verfolgungstatbestand ist zweifelhaft sowie die Frage, ob das Deutsche Reich in diesem Falle passivlegitimiert ist, denn bei diesen Maßnahmen war die Deutsche Golddiskontbank Berlin, ein Tochterinstitut der Deutschen Reichsbank mit eigener Rechtspersönlichkeit, federführend.

Zu 5.: Reichsfluchtsteuer

Für diese Abgabe wurden lt. Schreiben
des Bankhauses Brinckmann, Wirtz & Co.
vom 28.10.1950 Wertpapiere im Annahme-
werte von RM 63.756.--
an die Preußische Staatsbank (See-
handlung) Berlin abgeliefert sowie
durch Banküberweisung " 899.--
gezahlt,
zusammen RM 64.655.--

In Abänderung meiner Stellungnahme vom 9.8.1950
bin ich damit einverstanden, daß ein Beschluß
ergeht, in dem festgestellt wird, daß das Deutsche
Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe von
RM 64.655.--;
Zeitpunkt der Entziehung: 9.9.1941.

Zu 6.: Zahlungen an den Jüdischen Religionsverband

Hier handelt es sich um eine jüdische Kultus-
abgabe ähnlich den Kirchensteuern. Da in diesem
Falle kein Verfolgungstatbestand besteht, fällt
der Anspruch nicht unter das Rückerstattungs-
gesetz. Gläubiger war der Jüdische Religions-
verband, der die Abgabe im eigenen Namen und
für seinen eigenen Bedarf erhob.

Zu 7.: Transfer

Im Einklang mit der herrschenden Meinung vertritt
die OFD Hamburg die Auffassung, daß ein Ersatz
von Transferverlusten nicht im Rückerstattungs-
verfahren nach dem Gesetz Nr.59 der brit.Mil.Reg.
beansprucht werden kann.

Ich bedauere außerdem, bestreiten zu müssen,
daß das Deutsche Reich in diesem Falle passiv-
legitimiert ist, denn auch bei diesen Maßnah-
men war die Dego Berlin, ein Tochterinstitut
der Deutschen Reichsbank mit eigener Rechtsper-
sönlichkeit, federführend. Selbst wenn also der
Anspruch unter das Rückerstattungsgesetz fallen
sollte, was, wie oben erwähnt, bestritten wird,
kann der Anspruch auf Rückerstattung des Trans-
ferverlustes nicht gegen das Deutsche Reich,
vertreten durch meine Behörde, geltend gemacht
werden.

Zu 8.: Vermögensverfall.

In Abänderung meiner Stellungnahme vom 9.8.1950
bin ich damit einverstanden, daß ein Beschluß
ergeht, in dem festgestellt wird, daß das Deut-
sche Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe
von RM 4.748.44;

Zeitpunkte der Entziehung:

5.3.1943	416.-- RM
27.4.1943	4.332.44 "
	<u>4.748.44 RM</u> wie oben

Zu 9.: Effekten.

Nach inzwischen eingegangener Mitteilung seitens des Zentralamtes für Vermögensverwaltung (brit. Zone) in Bad Nenndorf vom 29.8.1950 sind £ 10.--- 4 1/2 % Hamburger Staatsanleihe von 1923 mit RM 103.50 verwertet worden.

Ich bin damit einverstanden, daß ein Beschluss ergeht, in dem festgestellt wird, daß das Deutsche Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe von 103.50 RM; als Zeitpunkt der Verwertung ist der 8.7.1943 anzusehen.

Zu 10.: Judenvermögensabgabe.

Wie bereits mit Schreiben vom 9.8.1950 mitgeteilt, ist Judenvermögensabgabe in Höhe von 100.567,30 RM entrichtet worden. Die Entrichtung erfolgte durch Inzahlungsgabe von Wertpapieren im Annahmewerte von 95.604,25 RM, die an die Preussische Staatsbank abgeführt wurden. Ich bin daher in Abänderung meiner Stellungnahme vom 9.8.1950 damit einverstanden, daß ein Beschluß ergeht, in dem festgestellt wird, daß das Deutsche Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe von RM 95.604,25.

Zeitpunkte der Entziehung:

20. 3.1939	RM 19.350,72
17. 5.1939	" 20.094,25
15. 8.1939	" 18.936,31
19.11.1939	" 18.330,57
4. 3.1940	" 18.892,40

RM 95.604,25 wie oben.

Da das Finanzamt die Entrichtung der Abgabe in Höhe von RM 100.567,30 bestätigt hat, ist anzunehmen, daß der Differenzbetrag in Höhe von RM 4.963.05 in bar bzw. durch Banküberweisung gezahlt wurde.

Ich bin daher damit einverstanden, daß ein Beschluss ergeht, in dem festgestellt wird, daß das Deutsche Reich schadenersatzpflichtig ist in Höhe von RM 4.963.05.

Zeitpunkt der Entziehung: 9.12.1939.

Im Auftrag
gez.Rebeling



Beglaubigt

Zollinspektor

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: V/Z 1547 - 3 -

Hamburg 36, den 18. September 1951
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) III. Stock Zimmer 833
Fernsprecher: 35 17 31

I. Teil - Beschluss

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg
28. SEP. 1951

In der Rückerstattungssache
der Ehefrau Johanna Menke, 225 W. 86 Str. Apt. 607,
New York, City, USA als Alleinerbin des Arthur Menke,

Antragsteller in,
Zustellungs- Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Werner Deuchler,
Hamburg 36, Poststrasse 2,
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Finanzbehörde der Hansestadt Hamburg,
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83
Aktenzeichen: O 5210 - M 7 - V 115 d - (früher: P 55 d)

Antraggegner

beschliesst das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg
durch den Regierungsrat Dr. Mörring:

I. Dem der den Antragsteller wird

als Zustellungsbevollmächtigter gemäss Art. 50 Abs. 3
Satz 2 REG beigeordnet.

II. Es wird festgestellt, dass

- a) der Antraggegner verpflichtet ist, dem - der = den
Antragsteller wegen Entziehung von Vermögenswerten -
wie unten angegeben - Ersatz gemäss Art. 25 - Art. 26 -
Abs. 2 REG zu leisten,
- b) die Ersatzleistung ohne die Währungsreform - wie weiter
unten angegeben - zu beziffern wäre,
- c) die Ersatzpflicht als an dem - ebenfalls unten angegeben -
Tag eingetreten gilt.

a) Versteigerte Kunstgegenstände

b) 172.969,90 RM

c) 13. Januar 1943

D. M. 401
verjährt!

2 d 1

3.10.51

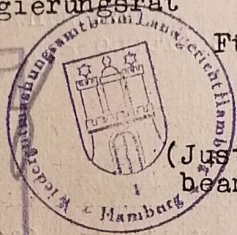
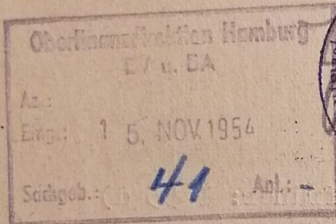
5.10.51 - Dem sehr Dankbar gegolte!
König-Bl. M. der Dard. - M. M.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluss kann Einspruch eingelegt werden. Die Einspruchsfrist beträgt für Beteiligte, die im Ausland wohnen, 3 Monate, im übrigen 1 Monat; sie beginnt mit der Zustellung dieses Beschlusses. Der Einspruch kann nur darauf gestützt werden, dass die anzufechtende Entscheidung auf einer Verletzung des Art. 53 Abs. 1 Satz 2 oder des Art. 54 Abs. 1 oder 2 REG beruhe.

gez.: Möring, Dr.
Regierungsrat

Für richtige Ausfertigung:



(Justizangestellter als Urkunden-
beamter der Geschäftsstelle)

Dieser Beschluss
ist rechtskräftig.

Hamburg, den 13. Nov. 1954

Die Geschäftsstelle



[Signature]
Justizinspektor

V/Z 12
V/Z 12
V/Z 12
V/Z 12
V/Z 12
V/Z 12
V/Z 12

Betr.:

meines

Die Akt

Ihr Akt

Ihr Akt

fünfzeh

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

Aktenzeichen: V/Z 1547 - 3 -

Hamburg 36, den 19. November 1951
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude
(Anbau) III. Stock Zimmer 833
Fernsprecher: 35 17 31

Protokoll.
=====

Gegenwärtig:

Regierungsrat Dr. M ö r r i n g
als Verhandlungsleiter
Justizangestellte L e m b c k e
als Protokollführerin

Oberfinanzdirektion
Hamburg
* 28 NOV. 1951 *
28. Nov. 1951

In der Rückerstattungssache

der Frau Johanna M e n k e ,
225 W 86 Str. Apt. 607, New York-City/USA

Antragstellerin

Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Max Krauel, Dr. H. Burchard-Motz,
Dr. Werner Deuchler,
Hamburg 36, Poststrasse 2

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Finanzbehörde der Hansestadt Hamburg,
diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83

Aktenzeichen: O 5210 - M 7 - V 115 d (früher P 55 d)

Antraggegner

erscheinen:

1. Für Antragstellerin:
Herr Rechtsanwalt Dr. Werner Deuchler
2. Für Antraggegner:
Herr Edmund S i l l e m
in Untervollmacht der Oberfinanzdirektion Hamburg.

Betreffend K u n s t s a m m l u n g .

Herrn Rechtsanwalt Dr. Deuchler wird auferlegt gemäss Art. 54
Abs. 2 des britischen Militärregierungsgesetzes Nr. 59 innerhalb
einer Ausschlussfrist bis 31. Januar 1952 eingehend in tatsäch-
licher und rechtlicher Hinsicht unter Beibringung von Unterlagen
darzulegen

- a. wie es zu dem Verlust der Kunstsammlung angeblich
aus Gründen des Art. 1 des britischen Militär-
regierungsgesetzes Nr. 59 gekommen ist (vergleiche
dazu Schriftsatz des Oberfinanzpräsidenten Hamburg
vom 9. August 1950 Seite 1 unter c.,

- b. anzugeben das Aktenzeichen des Unterwerfungsverfahrens (vergleiche Schriftsatz des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 9. August 1950 auf Seite 1 unter c.),
- c. anzugeben, ob der Verlust der Kunstsammlung im Zusammenhang steht mit diesem Unterwerfungsverfahren (ist etwa diese Kunstsammlung damals eingezogen worden?),
- d. aufzuklären, welchen Zusammenhang es haben könnte, dass eventuell bereits im Unterwerfungsverfahren eingezogene Gegenstände hinsichtlich ihres Erlöses nochmals der 11. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz unterlegen haben sollen, was ja völlig überflüssig und unverständlich wäre; denn sind erst Sachen auf Grund eines Unterwerfungsverfahrens eingezogen worden, so kann eine Verwertungserlös nicht nochmals der 11. Durchführungsverordnung unterliegen; denn es gebührt ja schon auf Grund des Unterwerfungsverfahrens dem Deutschen Reich,
- e. einzureichen ein genaues Verzeichnis derjenigen Teile der Kunstsammlung, die entweder im Unterwerfungsverfahren eingezogen worden sind oder ein Verzeichnis sämtlicher Gegenstände einzureichen, die der vermuteten Zwangsversteigerung unterlegen haben und auf die sich der vermutete Versteigerungserlös von RM 172.669,90 bezieht,
- f. anzugeben den damaligen Wert jedes einzelnen Kunstgegenstandes der entweder im Unterwerfungsverfahren eingezogen wurde oder in einem vermuteten Versteigerungsverfahren versteigert wurde.

Sollten die Sachen im Unterwerfungsverfahren eingezogen worden sein, so dürfte eine Rückerstattung nicht erfolgen können, weil es sich alsdann nicht um Verfolgungsmassnahmen sondern um einen Fall gewöhnlicher Kriminalität handelt.

Herr Sillem wird die Akte der Devisenstelle und den Bericht der Devisenstelle laut Schriftsatz des Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 9. August 1950 Seite 1 unter c. Herrn Rechtsanwalt Dr. Deuchler zugänglich machen.

Herr Rechtsanwalt Dr. Deuchler wird darauf hingewiesen, dass das Gutachten von Herrn Professor Dr. Sauerland für diesen Rechtsstreit unerheblich ist; denn es bezieht sich auf den gesamten Kunstbesitz des Erblassers der Antragstellerin, während es ankommt auf die spezifizierten Kunstgegenstände, die entweder im Unterwerfungsverfahren eingezogen oder auf andere Art und Weise ? aus welchen Gründen ? versteigert worden sind und einen Erlös von RM 172.669,90 ergeben haben.

Gez. Möring, Dr.

Gez. Lambcke

Dr. Max Kr
H. Eul
Dr. V
Rechtsanw
H. Eul
Poststraße 2, E
Fernspr. Samme

Betr.

dom
vor:

Kuns

Staa

Ehem

bet

in

sein

gege

Dek

ang

wor

bet

in

Un

RM

lit

er

Au

an

li

De

sc

ts

HSch

12. Januar 1952

338

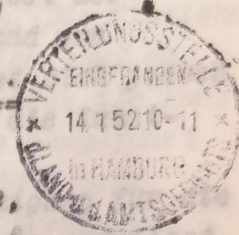
116

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burdard-Motz
Dr. W. ...
Rechtsanwälte
Hamburg 36
Poststraße 2, Ecke Neuer Wall
Fernspr. Sammelnr. 343541

denn das

Wiedergutmachungsamt beim
Landgericht Hamburg

H a m b u r g



Betr.: Rückerstattungssache Frau Johanna Menke,

V/2/ 1547 - 3 -

Gemäss der Auflage des Wiedergutmachungsamtes vom 19. November 1951 trägt die Antragstellerin folgendes vor: besonderen Genehmigung der Devisenstelle, diese Ge-

zu a) Die dem Ehemann der Antragstellerin gehörende Kunstsammlung sollte von Herrn Menke mit in die Vereinigten Staaten anlässlich seiner Auswanderung genommen werden. Der Ehemann der Antragstellerin hatte deshalb im Jahre 1940 bei der zuständigen Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Hamburg um die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für seine Kunstsammlung nachgesucht. Im Zusammenhang damit wurde gegen Herrn Menke der Vorwurf erhoben, dass er bei der Deklaration seines Ausfuhrgutes Gegenstände als Altbesitz angegeben haben sollte, die erst nach 1933 angeschafft worden waren. Wegen dieser angeblichen Unregelmässigkeit bei der Deklaration der Anschaffungsdaten einzelner Stücke in die wertvolle Kunstsammlung wurde gegen Herrn Menke im Unterwerfungsverfahren eine Steuerstrafe in Höhe von RM 20.000.-- festgesetzt. Herr Menke hat sich dieser erheblichen Steuerstrafe, wie aus den Vernehmungsprotokollen ersichtlich ist, deshalb unterworfen, um dadurch nicht die Ausfuhr seiner Kunstsammlung in Frage zu stellen. Für die angeblich nach 1933 abgeschafften, in der Sammlung befindlichen Kunstgegenstände, ist Herrn Menke die entsprechende Dego-Abgabe abverlangt worden. Der entsprechende Steuerbescheid und der Eingang der Dego-Abgabe für die Kunstsammlung ist jedoch leider durch die Antragstellerin nicht mehr

nachzuweisen. Unstreitig sind wegen der Mitnahme des sonstigen Umzugsgutes am 8. August 1940 vom Konto bei der Dresdener Bank und am 18. April 1941 vom Konto bei der M.M. Warburg & Co. K.G. Beträge von RM 282.-- und von 9.630.-- RM an die Dego bezahlt worden. Es lässt sich jedoch nicht mehr feststellen, ob bei diesen Beträgen die Kunstsammlung bereits berücksichtigt worden ist.

Nach der Beantragung der Ausfuhrgenehmigung für die Kunstsammlung ist dem Ehemann der Antragstellerin auferlegt worden, die Kunstgegenstände unter Zollaufsicht bei einem Spediteur verpacken zu lassen. Das ist im Jahre 1940 geschehen. Zur Versendung der Kunstgegenstände bedurfte es einer besonderen Genehmigung der Devisenstelle. Diese Genehmigung der Devisenstelle ist nicht erfolgt. Eine Genehmigung wurde nur für den allgemeinen Hausrat und die persönlichen Sachen des Ehemannes Menke erteilt und diese sind dann auch, wie von der Firma Julius Schumacher am 26. Juli 1940 bestätigt worden ist, nach den USA exportiert worden, während die Kunstsammlung in Deutschland verblieb und auch später nicht ins Ausland verbracht werden konnte. Die Sammlung ist daraufhin eingezogen und später versteigert worden. Aus den Akten der Oberfinanzdirektion ist klar ersichtlich, dass die entsprechenden Behörden mit allen Mitteln die Erteilung der Ausfuhrgenehmigung für die Kunstsammlung verhindert haben, weil sie annahmen, dass der Antragsteller diese in den Vereinigten Staaten verwerten und den entsprechenden Erlös zu seinem Lebensunterhalt verwenden könnte. Dieses sollte jedoch unter allen Umständen verhindert werden.

zu b) Das Aktenzeichen des Unterwerfungsverfahrens lautet: R 16 Str.L. Nr. 29/40-. Die Unterwerfungsverhandlung fand am 8. November 1940 statt. Der in der Unterwerfungsverhandlung festgesetzte Betrag lautete auf RM 20.000.--, zahlbar bis zum 8. Dezember 1940.

zu c) Unter a) ist bereits ausgeführt worden, dass das Unterwerfungsverfahren auf Grund angeblich falscher Angaben

bei der Deklaration der Kunstsammlung durchgeführt worden ist. Insofern ist zwischen Unterwerfungsverfahren und Kunstsammlung ein ursächlicher Zusammenhang gegeben. Die Einziehung der Kunstsammlung beruht jedoch nicht unmittelbar auf dem Unterwerfungsverfahren. Ein Nachweis darüber, dass die Kunstsammlung ohne das Unterwerfungsverfahren hätte ausgeführt werden können, ist selbstverständlich heute nicht mehr zu erbringen. Es ist jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die für die Ausfuhr dieser Kunstsammlung notwendige Sondergenehmigung auch dann nicht erteilt worden wäre, wenn ein Unterwerfungsverfahren gegen den Ehemann Menke nicht stattgefunden hätte. Die Auswanderung des Herrn Menke fand in den ersten Kriegsjahren statt, damit also schon zu einer Zeit, als sich die Judenverfolgung ihrem Höhepunkt näherte.

zu d) Eine Einziehung der Kunstsammlung ist nicht auf Grund des Unterwerfungsverfahrens erfolgt. Die in dem Unterwerfungsverfahren festgesetzte Summe von RM 20.000.-- ist von Herrn Menke mit Wertpapieren bezahlt worden, die bei der Bank Warburg & Co.K.G. hinterlegt waren und zu diesem Zweck realisiert worden sind. Der Betrag von RM 20.000.-- zuzüglich RM 105.-- Kosten ist Anfang Dezember 1940 an das Hauptzollamt Ericus abgeführt worden.

zu e) Da eine Einziehung von Kunstgegenständen im Unterwerfungsverfahren nicht stattgefunden hat, kann ein Verzeichnis über diese Gegenstände nicht eingereicht werden. Der Antragstellerin ist es leider ebenfalls unmöglich, ein Verzeichnis sämtlicher Gegenstände einzureichen, die bei der vermuteten Zwangsversteigerung veräußert worden sind. Als einzige Unterlagen befinden sich Zusammenstellungen über Kunstgegenstände in den Händen der Antragstellerin, die schon gemäss Schreiben vom 23. Dezember 1948 an das Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf angegeben sind. Diese Listen enthalten jedoch nur einen ganz geringen Bruchteil der weit umfangreicheren wertvollen Kunstsammlung des Herrn Menke.

zu f) Eine Wertangabe der versteigerten Kunstgegenstände vermag die Antragstellerin ebenfalls nicht vorzulegen.

Für die Antragstellerin :
Der Rechtsanwalt :

Dr. Werner Deuring

Für richtige Abschrift

Der Rechtsanwalt

Oberfinanzdirektion
Hamburg

25. JAN. 1952

28. JAN. 1952

an die Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 11, Rödingsmarkt N.83,

Aktenzeichen: O 521o - M 7 - V 115 d (früher: P 55 d)
zur Kenntnisnahme.

Hamburg, den 21.1.1952/Schn.

Auf Anordnung:

Justizangestellter

Dr. Ernst Hauswedell G.m.b.H.
Hamburg 36, Fontenay 4

[illegible]

In der Rückerstattung der Reise erhielt wurden.

An das
Landgericht Hamburg Dr. Roscher
2. Wiedergutmachungskammer

Hamburg 36
Sievekingsplatz

(Dr. Ernst L. Haeckel)

At. 2 Wik 315/1952

In der Rückerstattungssache
stehende Gutachten:

Menke ./. Deutsches Reich gebe ich das nach-

Ich schicke dabei voraus, daß mir Herr Arthur Menke, früher Hamburg, Willistraße, persönlich bekannt war als gelegentlicher Käufer in meinem Antiquariat. Ich habe seine Sammlung zwar nicht persönlich gesehen, doch war Herr Menke als bedeutender Sammler in Hamburger Fachkreisen wohl bekannt.

Die einzige Unterlage, die für die Abgabe meines Gutachtens zur Verfügung steht, ist das am 14. Juli 1940 von Herrn Karl Heumann, Hamburg, Stadthausbrücke 3, erstattete Gutachten.

Die Beschreibung der einzelnen Antiquitäten und Kunstgegenstände ist in diesem Gutachten überwiegend so kurz gehalten, daß es schwierig ist, daraus exakte Schlüsse zu ziehen.

Bei der Beschreibung der Bilder kommt erschwerend hinzu, daß nach den Angaben des Herrn Heumann diese Gemälde unsigniert waren. Immerhin gibt die Aufstellung von Herrn Heumann insoweit einen Überblick, daß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß der RM-Wert, der mit dem Nachtrag vom 28. Juli 1940 sich auf insgesamt 98 797.- beläuft, als unterste Wertgrenze zu diesem Zeitpunkt anzunehmen ist. Es muß in diesem Zusammenhange erwähnt werden, daß bereits seit 1936 erhebliche Preissteigerungen auf dem Kunstmarkt stattfanden, die sich insbesondere in den Jahren 1939-40 nach Ausbruch des Krieges noch verschärften und in denen die stetig ansteigende Entwertung der R-Mark ihren Ausdruck fand.

Es kann daher in diesem Zusammenhang ohne weiteres angenommen werden, daß die im Jahre 1940 mit RM 98 797.- taxierte Sammlung auf einer Versteigerung im Jahre 1942 einen Erlös von 172 969.90 gehabt hat. Ob dieser Erlös dem tatsächlichen

bitte wey

Für richtige Austerlegung

als Urkundsbeamter der Gew.

Dr. Ernst Hauswedell G.m.b.H.
Hamburg 36, Fohlenweg 1

Wert der Sammlung im Jahre 1942 entspricht, läßt sich nicht sagen. Es haben in dieser Zeit zahlreiche Versteigerungen von Auswanderergut stattgefunden, wobei zwar gelegentlich eine Unterbewertung der zur Versteigerung kommenden Gegenstände erfolgte, häufig aber auch die Anwesenheit einer größeren Anzahl sachkundiger Bieter dem tatsächlichen Wert entsprechenden Preise erzielt wurden.

Infolge des Fehlens weiterer Unterlagen muß ich mein Gutachten auf die vorstehenden Ausführungen beschränken.

(Dr. Ernst L. Hauswedell)

An das
Landgericht Hamburg
2. Zivilabteilung
Hamburg 10
Steinplatz

Am 1.2.1952

In der Rückersattungsache
stehende Gutachten:
Ich schicke dabei voraus, daß mir Herr Arthur Henke, früherer Hamburg, Willistr.
persönlich bekannt war als gelegentlicher Käufer in meinen Antiquariat. Ich habe
seine Sammlung zwar nicht persönlich gesehen, doch war Herr Henke als bedeutender
Sammler in Hamburger Fachkreisen wohl bekannt.
Die einzige Unterlage, die für die Abgabe meines Gutachtens zur Verfügung steht,
ist das am 14. Juli 1940 von Herrn Karl Hennemann, Hamburg, Stadtmarktstraße 5,
entstehende Gutachten.
Die Beschreibung der einzelnen Antiquitäten und Kunstgegenstände ist in diesem
Gutachten überwiegend so kurz gehalten, daß es schwierig ist, daraus exakte
Schlüsse zu ziehen.
Bei der Beschreibung der Bilder kommt erschwerend hinzu, daß nach den Angaben
des Herrn Hennemann diese Gemälde unaltem waren. Immerhin gibt die Aufstellung
von Herrn Hennemann insoweit einen Überblick, daß mit Sicherheit angenommen werden
kann, daß der RM-Wert, der mit dem Nachtrag vom 28. Juli 1940 sich auf insgesamt
28.757,- beläuft, als unterste Wertgrenze zu diesem Zeitpunkt anzunehmen
ist. Es muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß bereits seit 1936 erhebliche
Preiserhöhungen auf dem Kunstmarkt stattfanden, die sich insbesondere
in den Jahren 1939-40 nach Ausbruch des Krieges noch verschärften und in denen
die stetig ansteigende Notwertung der R-Mark ihren Ausdruck fand.
Es kann daher in diesem Zusammenhang ohne weiteres angenommen werden, daß die im
Jahre 1940 mit RM 28.757,- taxierte Sammlung auf einer Versteigerung im Jahre
1942 einen Erlös von 125.000,- gehabt hat. Ob dieser Erlös dem tatsächlichen

Bitte wenden!

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen: 2 WiK 315/52

- III/V/Z.1547 - 3 -

(24a) Hamburg, den 1. April 1953

Obergerichtsrekord	
BV u. EA	
Az.:	9. APR. 1953
Elag.:	
Sachgeb.:	BT-4

Öffentliche Sitzung 10. April 1953

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsdirektor~~

~~als Vorsitzender,~~
Ants

~~Landgerichtsrat Ehrhardt~~
als Einzelrichter.

Johanna M e n k e

Bevollm.: RA. Dr. Werner Deuchler, Hbg.

gegen

Justizangestellte Greve

Deutsches Reich - Oberfinanzdirektion
- O 5210 - M 7 - V 115 d -

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

für Antragsgegner Herr Sillem

Ferner erschienen der Sachverständige Dr. Hauswedell und der nachbenannte Zeuge. Letzterer wurde zur Wahrheit ermahnt und auf die Bedeutung des Eides und die Strafbarkeit einer falschen uneidlichen Aussage hingewiesen und wie folgt vernommen:

Zeuge : H e u m a n n

Zur Person : Ich heiße Karl Heumann, bin 61 Jahre alt, Kunsthändler, gen. neg.

Zur Sache : Ich habe im Auftrage des Oberfinanzpräsidenten im Juli 1940 den Kunstbesitz von Herrn Menke inventarisiert und taxiert. Ferner war meine Aufgabe, zu prüfen, ob sich in der Sammlung Kunstgegenstände befanden, deren Ausfuhr in das Ausland einen wesentlichen Verlust für den nationalen deutschen Kunstbesitz bedeuten würde. Die letztere

letztere Frage habe ich verneint und die Mitnahmegenehmigung des gesamten Kunstbesitzes befürwortet.

Meine Taxe entsprach dem objektiven Wert der taxierten Gegenstände im Juli 1940, wobei ich zugebe, dass ich im Interesse von Herrn Menke nicht die obere Grenze geschätzt habe; ich bin aber auch keinesfalls unter die untere Grenze gegangen. Ich musste ja mein Gutachten auch dem Oberfinanzpräsidenten gegenüber vertreten können.

Wenn mir eröffnet worden ist, dass die Versteigerung des Kunstbesitzes im Jahre 1943 rund 173.000.-- RM erbracht hat, so wundere mich diese Tatsache garnicht, denn seit dem Zeitpunkt meiner Schätzung im Sommer 1940 bis zur Versteigerung war eine erhebliche Wertsteigerung von Kunstgegenständen eingetreten. Diese Wertsteigerung war bedingt durch die Kriegsergebnisse und die Flucht in die Sachwerte.

Ich erinnere mich an das Gemälde, das in meiner Liste II unter Ziffer 51 aufgeführt ist. Es handelte sich um ein Bild, dass von Adrian van Ostade stammen sollte und auch mit einem Monogramm "AVO" versehen war. Herr Menke erklärte mir bei der Besichtigung, dass es sich keinesfalls um ein echtes Bild handeln könne, denn er habe dieses Bild für wenig Geld in einem Trödeladen gekauft. Ich habe mir das Bild sehr genau angesehen und mir die typischen Merkmale des Bildes notiert. Zu Hause habe ich an Hand meiner Bibliothek und durch Rücksprache mit meinen Mitarbeitern versucht, die Echtheit des Bildes zu klären. Ich habe Herrn Menke nicht unbedingt glauben schenken können, dass es sich um ein unechtes Bild handle; andererseits haben meine Ermittlungen auch nicht zu dem Ergebnis geführt, dass es sich zweifellos um einen echten Ostade handle. Infolgedessen habe ich bei meiner Taxe diese Zweifel auch in der Weise zum Ausdruck gebracht, dass ich einen Preis von 4.000.-- RM eingesetzt habe, während ein echter Ostade in der damaligen Zeit sicherlich zwischen 12 und 15.000.-- RM wert gewesen wäre und bei einer absoluten Unechtheit das Bild höchstens 500.-- RM wert gewesen wäre.

Nach Diktat genehmigt.

Zu

Zu der vorstehenden Aussage des Zeugen Heumann erklärte der anwesende Sachverständige Dr. Hauswedell :

Ich halte mein Gutachten vom 29. Januar 1953 sowie meine Aussage vom 10. März 1953 nach Kenntnis der Ausführungen von Herrn Heumann in vollem Umfang aufrecht und habe diesem nichts zuzufügen.

Beschlossen und verkündet :

- I. Den Parteien wird Gelegenheit gegeben, binnen 3 Wochen noch weitere Anträge zur Sachaufklärung und zur Beweisaufnahme zu stellen.
- II. Dem Vertreter des Antragsgegners wird insbesondere aufgegeben, nach den Akten der Gerichtsvollzieherei über die stattgefundene Versteigerung zu forschen und das Ergebnis der Kammer mitzuteilen.
- III. Nach Fristablauf sollen weitere prozessleitende Anordnungen von Amts wegen ergehen.

(Unterzeichnet:)

Ehrhardt

Greve

1/ Herrn Frieschack
m.B. um R. mitteilungen zu H. gl. Bl 2
W. 7 1547-3
2/ W. am 28. 4. 1953 al. 5.5
W. 4

D.R. 285/42
J. 20/4

Abschrift für die Akte

Finanzdirektion Hamburg

- M 7 - BV 414 -

Hamburg 36, 27. Mai 1953.
Hamburg
Sievekingplatz

143
xxl3, den 6. Mai 1953
xxxxxxx App. 588
Postanschrift: Hartungstr. 5
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer (3-fach)
H a m b u r g
Sievekingplatz

In der Rückerstattungssache

- 2. WiK 315/52 -
III/V/Z 1547 -3-

Johanna M e n k e

Bevollmächtigter: RA Dr. Werner Deuchler, Hamburg,

gegen

das D e u t s c h e R e i c h ,
gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg -
Finanzbehörde- Verfahrensvertreter die Oberfinanzdirektion
Hamburg,

Johanna M e n k e Antragsgegner,

teile ich mit, dass das hiesige Gerichtsvollzieheramt unter
der Geschäftsnummer 57 D.R. 285/1942 am 17., 18. und 19.
Dezember 1942 auf Antrag meiner Behörde die beanspruchte
Kunstsammlung des Herrn Arthur Menke auf dem Lager Julius
Schumacher u. Co. versteigert hat. Der Bruttoversteigerungser-
lös hat 184.402,90 RM
betragen.

An meine Oberfinanzkasse ist ein Nettoerlös
in Höhe von 172.969,90 RM
abgeführt worden. Das Versteigerungsprotokoll liegt mir
jetzt im Original vor. Eine Abschrift wird baldmöglichst
nachgereicht.-

Im Auftrag
gez. Sillem

Dr. Max Krauel
Dr. H. Burchard-Motz
Dr. Werner Deuchler
Dr. Otto Krauel
Rechtsanwälte
Hamburg 36
Poststr. 2, Ecke Neuer Wall
Telephon: Semmler 34 86 41

DPr.

22. Mai 1953

An das

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer



2 WIK 315/52

Schriftsatz

in Sachen

Menke

/Dres. Krauel, Burchard-Motz,
Deuchler, Krauel/

gegen

Deutsches Reich

In Gemässheit des Gerichtsbeschlusses vom 1. April 1953 und der richterlichen Verfügung vom 22. April 1953 wird seitens der Antragstellerin zur weiteren Vorbereitung des Verfahrens folgendes vorgetragen:

1) Die Antragstellerin ist nunmehr glücklicherweise in den Besitz weiterer Unterlagen und Anhaltspunkte gelangt, die eindeutig ergeben dürften, dass der Versteigerungserlös von netto RM. 172.969.90 nur einen Bruchteil des wahren Wertes der beschlagnahmten Sammlung darstellt.

2) Die im Streit befindlichen beschlagnahmten Kunstgegenstände des verstorbenen Herrn Menke waren dem Kunstsachverständigen Herrn Direktor Bachrach, Art & Antique Merchants Ltd. 54 Brompton Road, S.W. 3 (Reg. Office), London genau bekannt. Herr Bachrach ist ein führender Kunsthändler und Kunstsachverständiger, früher Hamburg, jetzt London. Da er nicht nur zu wiederholten Malen im Hause Menke gewesen ist, sondern die Sammlung des Herrn Menke sogar selbst geschätzt hat, wird hiermit beantragt, Herrn Bachrach als sachverständigen Zeugen darüber zu vernehmen, dass die Kunstsammlung des verstorbenen Herrn Menke, welche im Jahre 1942 auf Veranlassung der Gestapo versteigert wurde, im damaligen Zeitpunkt mindestens einen Wert von RM. 300.000.-- repräsentierte.

3) Auch der Sachverständige Dr. Hauswedell, der die Sammlung nicht kannte, musste einräumen, dass bei den zahlreichen Versteigerungen von Auswanderergut gelegentlich eine Unterbewertung stattfand. Der Sachverständige gab weiter zu, dass auf den Gerichtsversteigerungen im allgemeinen nicht so hohe Preise erzielt wurden, wie bei den privaten Auktionen, ferner räumte der Zeuge bei seiner Vernehmung ein, dass, falls Gemälde, die der Beauftragte des Reichspropagandaministeriums, Herr Heumann, mit relativ geringen Preisen eingesetzt hatte, zweifellos einen mehrfachen Wert repräsentierten, wenn sie echt waren. So erklärte der Sachverständige Dr. Hauswedell u.a., dass ein echter Ostade nicht, wie von Herrn Heumann angenommen, mit rund RM. 4.000.--, sondern mit RM. 40.000.-- bewertet werden müsse. Erst in Gegenart des Zeugen Heumann änderte sich der Auffassung des Zeugen Heumann an, Meinung und schloss der Sachverständige Dr. Hauswedell an, dass der Ostade, wenn er echt gewesen wäre, wohl einen Wert bis RM. 15.000.-- gehabt hätte.

Es dürfte im übrigen gerechtsbekannt sein, dass auf Versteigerungen durch den Gerichtsvollzieher niemals der wirkliche Wert erzielt wird. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Versteigerung im Jahre 1942 stattfand, zu einem Zeitpunkt also, als die Reichsmark nicht mehr ihren Friedenswert hatte. Kunstgegenstände unterlagen bekanntlich nicht der Bewirtschaftung. Ihr Preis bildete sich noch auf freiem Markt durch Angebot und Nachfrage. Dass durch die Zwangsversteigerung bei weitem nicht der Preis erzielt werden konnte, wie bei einem freihändigen Verkauf und auch ein geringerer Preis als bei einer Versteigerung durch einen öffentlich bestellten Auktionator wird auch die Beklagte nicht bestreiten können. Mit Recht weist der Sachverständige Dr. Hauswedell daraufhin, dass es mehr oder minder Zufallsache war, welcher Käuferkreis bei einer Versteigerung durch den Gerichtsvollzieher anwesend war, während ein Auktionator kraft seiner Geschäftsbeziehungen die Kunstgegenstände an einen viel grösseren und kaufkräftigeren Käuferkreis bringen konnte.

4) Die Antragstellerin ist nunmehr in der Lage, einen Bericht ihres verstorbenen Ehemannes vorzulegen, den dieser im September 1943 gegenüber dem State Department in Washington erstattet hat. Herr Artur Menke, der einer der bedeutendsten und bekanntesten Kunstkennner und Kunstsammler in Hamburg war und seine Sammlung bereits mit 18 Jahren begründete, schreibt in diesem Bericht folgendes:

"My collection was catalogued by Professor Sauerland, conductor of the Museum für "Kunst und Gewerbe" in Hamburg. Shortly before his death in 1934 Sauerland was named as the first Authority on old art in Europe. The Nazis dismissed him because he had not the least interest in Hitler and his "Third Reich" and he was replaced by an ignorant man who was happy enough to join at the right time to the party.

Professor Sauerland worked in my home for four weeks and came to the conclusion that my collection had a value of 120.000 Dollars, without the large collections of portraits, miniatures. It was known as the best and largest private collection in Germany, without the large collection of drawings and engraving (appr. 6.000 pieces) without the illustrated rare books and without the golden antique ornaments of my wife. But included in his estimate many antique silver and cult implements which were stolen some time later by order of the master thief Goering, delivered to the Reich who paid a small part of the value. Gothic silver bought at 4 Reichsmark a gramm, they paid one cent a gramm.

Later in 1941 before my departure you will understand, I had a vital interest that the collection was not taxed too high and I gave orders to the representative in Hamburg of Goebbels Reichskulturkammer to make a tax and appraise my values. He came with an old carpenter of 70 years but before I had to pay a large sum as bribery and therefore was the rate made after my wishes. It is not necessary to say that both experts were complete ignorants, they had not the least knowledge. Their rate was for the complete collection 40.000 Dollars. These are the experts in Hitler's "Third Reich".

Interessant in dem Bericht des verstorbenen Herrn Menke

ist die Feststellung, dass die beiden "Experten" des Propagandaministeriums in den Augen des Kunstkenner Menke "komplete Ignoranten" waren, die im Übrigen nach Entgegennahme einer namhaften Bestechungssumme den Wünschen des Herrn Menke Gehör schenkten und in seinem Interesse die Sammlung weit unter Wert festsetzten.

5) Durch den zitierten Bericht des verstorbenen Herrn Menke und die vorzunehmende Vernehmung des Herrn Bachrach dürfte der klare Nachweis geschaffen werden, dass die Menkesche Kunstsammlung mindestens einen Wert von RM. 300.000.-- repräsentierte. Die Bekunden des Zeugen Heumann stehen dem bei richtiger Würdigung auch nicht entgegen. Der Zeuge Heumann gibt zu, dass er die Frage, ob die wertvolle Menkesche Sammlung einen wesentlichen Verlust für den nationalen deutschen Kunstbesitz bedeutete, und die Mitnahmegenehmigung befürwortet hat. Wenn der Zeuge dann weiter meint: "Meine Taxe entsprach dem objektiven Wert der taxierten Gegenstände im Juli 1940, wobei ich zugebe, dass ich im Interesse von Herrn Menke nicht die obere Grenze geschätzt habe, ich bin aber auch keinesfalls unter die untere Grenze gegangen. Ich musste ja mein Gutachten auch dem Oberfinanzpräsidenten gegenüber vertreten können," so sieht die Antragstellerin in dieser etwas gewundenen Erklärung in erster Linie das Bestreben des Zeugen darzutun, dass er sich einerseits trotz seines peinlichen Amtes an den Judenverfolgungen des dritten Reiches nicht beteiligt habe, andererseits aber auch seinen damaligen Auftraggeber nicht hintergangen habe.

6) Angesichts des vorliegenden Materials braucht die Antragstellerin sich nur vorsorglich auf den bei der Beweiswürdigung zu ihren Gunsten sprechenden Grundsatz des Art. 41 II 1 und 2 zu berufen.

Selbst nach der damaligen nazistischen Judengesetzgebung bestand keine rechtliche Handhabe, dem verstorbenen Herrn Menke die Mitnahme seines Kunstbesitzes ins Ausland zu verweigern. Trotzdem hat die Antragsgegnerin, wie die Devisenakte eindeutig ergibt, vorsätzlich und bewusst zum Nachteil der Antragstellerin die erforderliche Freigabeerklärung solange hinausgezögert, bis der Antragstellerin und ihrem verstorbenen Ehemann eine Mitnahme nicht mehr möglich war. Die Antragsgegnerin hat zwar den verstorbenen Herrn Menke kurz vor seiner Auswanderung noch vor die Devisenstelle zitiert und ihn zur Abgabe der Unterwerfungserklärung (Zahlung einer Summe von RM. 20.000.--) wegen angeblichen Devisenvergehens mit dem Bemerken veranlasst, dass Herr Menke die Wahl habe, entweder die Unterwerfungserklärung zu unterzeichnen oder einem gerichtlichen Strafverfahren entgegenzusehen, welches zu einer Bestrafung mit mindestens sechs Monaten Gefängnis führen würde. Unter dem Eindruck dieser amtlichen Erklärungen und in der Hoffnung, den Rest seines Besitzes wenigstens noch retten zu können, hat Herr Menke die Unterwerfungserklärung unterzeichnet. Trotzdem und trotz Vorliegen einer ordnungsgemässen Ausfuhrbewilligung hat die Antragsgegnerin es verstanden, Herrn Menke um seinen gesamten wertvollen Kunstbesitz zu bringen. Ein durch die geschilderten Massnahmen der Antragsgegnerin evtl. entstehender Beweisnotstand der Antragstellerin wurde daher vollen Umfangs zu Lasten der Antragsgegnerin gehen.

7) Die Antragstellerin behält sich vor, nach Vorlage des Versteigerungsprotokolls weitere Ausführungen zu machen und weitere Anträge zu stellen.

Für die Antragstellerin:
Der Rechtsanwalt:

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

(24a) Hamburg, den

23. Juni 1954

381

Aktenzeichen:

2 Wik 315/52

III/V/Z. 1547 -3

Öffentliche Sitzung

Oberfinanzdirektion Hamburg
EV u. DA

Az.:

Eing.: 3 0. JUNI 1954

Sachgeb.:

BV 414

Ant.:

1. JUL 1954

In der - Rückerstattungs - Sache -

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsdirektor~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

~~Landgerichtsrat~~

Johanna Menke,

Bev.: RA. Dr. Deuchler, Hamburg

als Einzelrichter

Luschei, JA.

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

gegen

Deutsches Reich
Oberfinanzdirektion
- M 7 - BV 414 -

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller

RA. Dr. Deuchler

für Antragsgegner

Herr Sillem

ferner der Zeuge Hermesen

Der Zeuge wurde zur Wahrheit ermahnt und auf die Bedeutung des Eides und die Strafbarkeit einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage hingewiesen und wie folgt vernommen:

Zur Person: Ich heiße Wilhelm Hermesen, 38 Jahre alt, Kunsthändler, mit der Antragstellerin nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur

Zur Sache: Ich kannte die Kunstsammlung des verstorbenen Herrn Menke sehr genau, da ich selbst Kunsthändler bin und mein Vater das älteste Antiquitätengeschäft in Hamburg hat. Herr Menke war ständiger Kunde im Geschäft meines Vaters und ich habe seine Sammlung häufiger gesehen. Herr Menke hat sehr viel bei uns gekauft, insbesondere in der Zeit vor 1933. Auch nach 1933 hat er noch bei uns gekauft, jedoch nicht mehr in so starkem Umfange.

Bei der Versteigerung der Gegenstände im Jahre 1942 bin ich nicht zugegen gewesen, da ich damals Soldat war. Ich kenne jedoch die Versteigerungsliste. Bei Durchsicht dieser Liste ist mir aufgefallen, dass Teile der Menkeschen Kunstsammlung darin nicht aufgeführt sind, insbesondere die Miniaturen und Dosen. Diese Gegenstände stellten einen erheblichen Teil des Menkeschen Kunstbesitzes dar. Wo diese Sachen abgeblieben sind, weiss ich nicht.

Zu dem Versteigerungsergebnis selbst möchte ich bemerken, dass die Preise für Kunstsachen im Jahre 1942 bereits angezogen hatten. Nach meiner Beurteilung entsprechen die in der Versteigerung erzielten Preise in etwa den damaligen tatsächlichen Werten. Der heutige Wert der Gegenstände wäre allerdings geringer.

Der heutige Preisstand entspricht etwa den Werten von 1939/40. Im Jahre 1942 hatten die Preise schon um 20 bis 25 % angezogen mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse und die Flucht in die Sachwerte. Nach den Bombenangriffen 1943 sind die Preise dann nochmals sprunghaft gestiegen.

Unter Verzicht auf Vorlesung genehmigt.

Der Vertreter der Oberfinanzdirektion wies darauf hin, dass aus der Versteigerungsabrechnung des Gerichtsvollziehers Bobsien ersichtlich sei, dass die antiken Gegenstände und die Bilder vor der Versteigerung geschätzt

worden

worden seien, und zwar die antiken Gegenstände durch Reitz und die Bilder durch die Commeter'sche Kunsthandlung. Er regte an, diejenigen Herren zu ermitteln, die diese Schätzungen durchgeführt haben, um diese als Zeugen zu vernehmen.

Beschlossen und verkündet:

1. Die Akten des Gerichtsvollzieheramtes 57 DR Nr. 285/42 sollen herangezogen werden.
2. Weitere Beweiserhebung erfolgt von Amts wegen.

Ehrhardt.

Luschei.

die Kunstsammlung des ...
 genau, da ich selbst ...
 das älteste Antiquitätsgeschäft ...
 war ständiger Kunde in ...
 eine Sammlung häufiger ...
 uns gekauft, insbesondere ...
 h 1933 hat er noch bei ...
 so starkem Umfange.
 der Gegenstände im Jahre ...
 n, da ich damals Soldat ...
 gerungsliste. Bei Durchsicht ...
 len, dass Teile der ...
 geführt sind, insbesondere ...
 ese Gegenstände stellen ...
 en Kunstbesitzes dar. ...
 s ich nicht.
 gebnis selbst möchte ich ...
 untsachen im Jahre 1940 ...
 meiner Beurteilung ...
 erzielten Preise in ...
 n. Der heutige Wert ...
 inger.
 entspricht etwa den ...
 hatten die Preise schon ...
 ksicht auf die Kriegsm ...
 chwerte. Nach den ...
 dann nochmals sprunghaft ...
 Vorlesung genehmigt.
 rektion wies darauf ...
 rechnung des Gericht ...
 i, dass die antiken ...
 Versteigerung gesch ...

Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg, den

21. Juli 1954

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen:

2 Wik 315/52

III/V/Z. 1547 -3-

Öffentliche Sitzung

Oberfinanzdirektion Hamburg
BV u. EA

Az.:

Eing.: 2 3. JULI 1954

Sachgeb.: BV 414 Anl.:

In der - Rückerstattungs - Sache

26. JUL. 1954

Frau Johanna M e n k e

Bev.: Dr. Werner Deuchler, Hamburg

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat

Landgerichtsrat

Landgerichtsrat

Ehrhardt

als Einzelrichter

Luschei, JA.

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

Dr. Baden

gegen

Deutsches Reich

Oberfinanzdirektion

- M 7 - BV 414 -

erschienen bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

für Antragsgegner Herr Kuhfuss

ferner der Zeuge Reitz

Der Zeuge wurde zur Wahrheit ermahnt und auf die Bedeutung des Eides und die Strafbarkeit einer falschen eidlichen und uneidlichen Aussage hingewiesen und wie folgt vernommen:

Zeuge R e i t z.

Zur Person: Ich heiße Paul Robert R e i t z, 69 Jahre alt, Uhrmacher und Antiquitätenhändler, mit der Antragstellerin nicht verwandt und nicht

nicht verschwägert.

Zur Sache: Ich habe im Jahre 1942 den Inhalt des Lifts von Herrn Menke, wie er sich in der Gerichtsvollzieherei befand, geschätzt, und zwar alle Gegenstände mit Ausnahme der Bilder. Ich bin dabei auf einen Betrag von rund RM 100.000.-- gekommen. Bei meiner Schätzung habe ich Händlerpreise zugrundegelegt, d.h. die Preise, die ich bei dem Erwerb der Sachen bezahlen würde. Da die Sachwerte im Jahre 1942 schon knapp waren und das Geld flüssig, habe ich entsprechende Preise eingesetzt, wobei ich allerdings berücksichtigt habe, dass der Händler billiger kaufen will, um bei einem Verkauf zu verdienen. Der tatsächliche Wert der Sachen mag aus diesem Grunde etwas höher gewesen sein. Tatsächlich ist ja auch in der Auktion etwas mehr erzielt worden.

Auf Befragen des Vertreters der Antragstellerin: Bei der Schätzung habe ich meine Verdienstspanne berücksichtigt. Diese Verdienstspanne beträgt im Durchschnitt etwa 30-40 %

Auf Befragen des Vertreters des Antragsgegners: Ich habe für meine damalige Taxe nur RM 150.-- von der Gerichtsvollzieherei liquidiert, da ich diese Taxe in meinem eigenen Interesse und im Interesse meiner Kollegen gemacht habe.

Unter Verzicht auf Vorlesung genehmigt.

Beschlossen und verkündet:

Die Parteien werden gebeten, zu dem Ergebnis der Beweisaufnahme abschliessend Stellung zu nehmen und ihre Anträge zu stellen.

Frist: 2 Monate.

Ehrhardt.

Luschei.

berfina
m 7
Kanz
An d
Länd
2. W
H a
Siev
Anla
3) BV
4) Abs
5) 413
414

Aufstellung

über die Verfahren gegen die Individualverpflichteten.

Frau Johanna Menke gegen:

<u>Witte & Co.</u>	<u>Aktenz.:</u>	<u>Vergleich über DM:</u>
	2 WiK 598/53	2.000.--
Grasse	V/Z. 1547-27	
Museum f. Kunst u. Gewerbe	V/Z. 1547-26	40.--
	2 WiK 591/53	125.--
Flotow	V/Z. 1547-28	
Pfeil	V/Z. 1547-31	150.--
Gläser	V/Z. 1547-10	380.--
Reedwisch	V/Z. 1547-12	30.--
Hauswedell	V/Z. 1547-11	50.--
Schlee	V/Z. 1547-16	250.--
Commeter	V/Z. 1547-15	50.--
Frauendorfer	V/Z. 1547-14	900.--
KNNNNNNNNNN	2. WiK 611/53	200.--
Köhne & Hay	V/Z. 1547-19	
Kayssner	V/Z. 1547-18	50.--
	2. WiK 556/53	200.--
Konietzko	V/Z. 1547-17	
Delker	V/Z. 1547-22	200.--
Plambeck	V/Z. 1547-21	120.--
	2. WiK 553/53	120.--
Heuser	V/Z. 1547-20	
Hermesen & Co.	V/Z. 1547-25	550.--
Wönckhaus	V/Z. 1547-30	250.--
Meyer & Co.	V/Z. 1547-33	1.500.--
Hagedorn	V/Z. 1547-32	100.--
Reitz	V/Z. 1547-35	140.--
Hoffmeister	V/Z. 1547-34	180.--
Kegel	V/Z. 1547-39	270.--
Reinhardt	V/Z. 1547-44	130.--
Reese	V/Z. 1547-42	900.--
Modschiedler	V/Z. 1547-41	200.--
	2. WiK 63/54	750.--
	V/Z. 1547-47	
Blochmann	2. WiK 40/54	300.--
	V/Z. 1547-49	
Holst	V/Z. 1547-48	330.--
Vorwerk	V/Z. 1547-50	20.--
		<u>10.485.--</u>
		=====

Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer

(24a) Hamburg, den 10. November 1954

Stenograph:

2 Wik 315/52

III/V/2. 1547 -3

Öffentliche Sitzung

Oberfinanzdirektion Hamburg	
EV u. EA	
Az.:	
Dag.:	12. NOV. 1954
Suchgeb.:	414
Anl.:	15 NOV. 1954

In der — Rückerstattungs. — Sache —

der Frau Johanna Menke,
New York,

Antragstellerin

Bev.: Rechtsanwalt Dr. Werner Deuchler
Hamburg 36, Poststr. 2,

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsdirektor~~

~~Vorsitzender,~~

~~Landgerichtsrat~~

Ehrhardt

als Besitzer

Einzelrichter

Luschei, JA.

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie
und Hansestadt Hamburg -Finanzbehörde-
diese vertreten durch die Oberfinanz-
direktion Hamburg, Hamburg, Hartung-
str. 5,

- M 7 - BV 414 -

Antragsgegner

erschieden bei Aufruf

für Antragsteller RA. Dr. Deuchler

für Antragsgegner Herr Sillem

Die Parteien schlossen folgenden

Vergleich:

1. Die Parteien sind sich darüber einig, dass das Deutsche Reich verpflichtet ist, wegen entzogener Kunstgegenstände und Bilder Ersatz zu leisten.
2. Die Parteien verpflichten sich, bei der nach Massgabe der künftigen gesetzlichen Regelung der Reichsverbindlichkeiten zu bestimmenden Abgeltungssumme davon auszugehen,

auszugehen, dass die Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches gegenüber der Antragstellerin ihrem Nennbetrage nach

RM 173.887.90

betragen.

Entziehungstag ist der 13. Januar 1943.

3. Die Parteien sind sich darüber einig, dass der festgestellte RM-Betrag einem Wiederbeschaffungswert abzüglich alt für neu von DM 173.887.90 entspricht.
4. Die Antragstellerin verzichtet auf ihre Rechte aus dem Teilbeschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Hamburg vom 18. September 1951. *Re 333*
5. Dieser Vergleich wird abgeschlossen vorbehaltlich der Genehmigung des Bundesfinanzministeriums.

Vorgelesen und genehmigt.

Beschlossen und verkündet:

Der Antragsgegner möge dem Gericht Mitteilung machen, sobald die Entscheidung des Bundesfinanzministeriums vorliegt.

Ehrhardt.

Luschei.



Für richtige Ausfertigung:

[Signature]
Just. Insp./Angest.
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Hamburg 13, den 27. Juli 1959

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
Hamburg 36
Sievekingplatz

(mit zwei begl. Durchschrift)

In der Rückerstattungsache

- Z 2o 828 -3-

Henke

(Dres. Burchard-Motz pr.)

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

wird auf den Schriftsatz der Antragstellerin vom 4.7.1959 folgendes
erwidert:

In der Versteigerungsabrechnung des Gerichtsvollziehers Bobsien
vom 17./18. und 19.12.1942, die in dem durch rechtswirksamen
Vergleich vom 10.11.1954 abgeschlossenen Verfahren 2 WIK 315/52
vorgelegt worden ist, sind unter den Versteigerungsnummern
926, 946 und 951 ganz offensichtlich Miniaturen enthalten. Ob
noch weitere Miniaturen in dieser Versteigerungsabrechnung
aufgeführt sind, kann nicht ohne weiteres festgestellt werden,
da die Bezeichnungen in der Versteigerungsabrechnung kurz und
unvollständig sind.

In dem Verfahren 2 WIK 315/52 hat die Antragstellerin im Schriftsatz
vom 15.5.1951 eine Miniaturensammlung, bestehend aus 45 Miniaturen,
erwähnt. Es dürfte daher feststehen, dass in der Sache Miniaturen
Gegenstand des Verfahrens waren.

In Übrigen müße die Antragstellerin zunächst einmal nachweisen,
dass weitere Miniaturen, also solche, die noch nicht Gegenstand
des Verfahrens 2 WIK 315/52 waren, entzogen worden sind.

Der Antragsgegner weist darauf hin, dass unter dem Az.: Z 2o 828 -1-,
der Antragsgegner weist darauf hin, dass unter dem Az.: Z 2o 828 -1-,
das noch beim Wiedergutmachungsamt anhängig ist, von der Antrag-
stellerin ebenfalls Miniaturen beansprucht werden. In der Schlichtung
des Juweliers Hilcken vom 12.5.1939, die in jener Sache überreicht

wurde, sind 36 Miniaturen zu einem Schätzungswert von RM 150,-- aufgeführt. Die Antragstellerin möge erklären, ob es sich dabei etwa um weitere Miniaturen handelt oder ob sich die Ansprüche insoweit überschneiden.

Abschliessend wird die Antragstellerin gebeten, dem Antragsgegner eine Abschrift der Schätzung des Sachverständigen Karl Heumann vom 14.7.1940, die die Antragstellerin in ihrem Schriftsatz vom 4.7.1959 erwähnt, zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrag
gez.

(Sarfert)
Regierungsassessor